

vom Ratsbüro genehmigt
am 03.01.06

PROTOKOLL

der **17/18.** Sitzung
vom Dienstag, 13. Dezember 2005
16.00 - 18.00 Uhr, erster Teil
19.00 - 22.30 Uhr, zweiter Teil
Grossratsaal der Rathauslaube

Vorsitz: Rolf Amstad (SP) Präsident 2005

Protokoll: Gabriele Behring (Nichtmitglied)

StimmzählerInnen: Käthi Tanner-Winzeler (SP)
Thomas Hauser (FDP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsident und 48 Mitglieder
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Hanspeter Meier (SVP)

Entschuldigt für den Anfang der Sitzung: Peter Möller (SP)
Peter Neukomm (SP)
Rebekka Plüss (AL)
Urs Tanner (SP)
Edgar Mittler (FDP)

Traktanden

- 1. VdSR: Voranschlag 2006 der Einwohnergemeinde Schaffhausen
einschliesslich Leistungsauftrag/Globalbudget 2006 der WoV-
Abteilungen** Seite 505
- 2. VdSR Handlungsfähiger Stadtrat - leistungsfähige Stadt
Gegenvorschlag zur Initiative "SH-fit - 3 vollamtliche Stadträte für die
Zukunft** nicht behandelt
- 3. VdSR Initiative "35 statt 50 Grossstadträte", Überweisung und
Stellungnahme des Stadtrates** nicht behandelt
- 4. Interpellation Dr. Raphaël Rohner (FDP): Stadtumfahrung:
Taugliches Mittel zur längerfristigen Lösung der Verkehrsprobleme und
Entlastung der Schaffhauser Innenstadt** nicht behandelt
- 5. Motion Christian Meister (SVP): Einführung eines einheitlichen
Nachtbustarifs** nicht behandelt

6. **Motion Martin Egger (FDP): Leistungsvereinbarung Stiftung Hallen für neue Kunst** nicht behandelt
7. **Motion Christa Flückiger (SP): Teilsubventionierung der Spielgruppen in der Stadt Schaffhausen** nicht behandelt
8. **Interpellation Martin Egger (FDP): Ausnutzung des Handlungsspielraumes zur WoV-Einführung in der Verwaltung der Stadt Schaffhausen** nicht behandelt

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES

07.01.03	VdSR - Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion	SPK
31.05.05	VdSR Initiative "35 statt 50 Grossstadträte", Überweisung und Stellungnahme des Stadtrates	SPK
31.05.05	VdSR Handlungsfähiger Stadtrat - leistungsfähige Stadt: <i>Gegenvorschlag zur Initiative "SH-fit - 3 vollamtliche Stadträte für die Zukunft"</i> (Beratung in SPK Initiative "SH-fit")	SPK
24.06.05	Interpellation Dr. Raphaël Rohner (FDP): Stadtumfahrung: Taugliches Mittel zur längerfristigen Lösung der Verkehrsprobleme und Entlastung der Schaffhauser Innenstadt?	
18.08.05	Motion Christian Meister (SVP): Einführung eines einheitlichen Nachtbustarifs	
23.08.05	Motion Martin Egger (FDP): Leistungsvereinbarung Stiftung Hallen für neue Kunst	
23.08.05	VdSR Reorganisation der Städtischen Werke	SPK
13.09.05	VdSR Perspektiven finanzielle Entwicklung 2006/2007 der Stadt Schaffhausen (Strategieplan Finanzen)	SPK
08.11.05	Verkauf des Grundstückes GB Nr. 21645 Majorenacker	GPK
15.11.05	Motion Christa Flückiger (SP): Teilsubventionierung der Spielgruppen in der Stadt Schaffhausen	
28.11.05	Interpellation Martin Egger (FDP): Ausnutzung des Handlungsspielraumes zur WoV-Einführung in der Verwaltung der Stadt Schaffhausen	
13.12.05	Motion Rainer Schmidig (EVP): Änderung von Art. 50 der Stadtverfassung: Der Stadtschulrat	

2005 Kleine Anfragen:

23	Martin Egger (FDP)	Freie Büroräumlichkeiten in Schaffhausen	23.08.05
26	Dr. Raphaël Rohner (FDP)	Devestitionen von Baurechtsgrundstücken der Stadt Schaffhausen	20.09.05
28	Mehmet Ertogrul (SP)	Anreize für Lehrstellen schaffen	01.11.05
30	Werner Schöni (SVP)	Abgewiesener Asylbewerber erneut verurteilt	14.11.05
31	Werner Schöni (SVP)	Sporthalle im Schweizersbild Schaffhausen: Ausbauprojekt	22.11.05
32	Peter Neukomm (SP)	Zukunft von WoV in der Stadt Schaffhausen	28.11.05
33	Martin Egger (FDP)	Entwicklung der gefährlichen Hunderassen in der Stadt Schaffhausen	02.12.05
34	Katrin Hauser-Lauber (FDP)	Regelung der Mitglieder des Stadtschulrates Auslegung und Anpassung der Stadtverfassung	07.12.05

35 Urs Tanner (SP)

Keine Mannstoppmunition für die Schaffhauser
Polizei

13.12.05

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE
-----**Traktandum 1 VdSR Voranschlag 2006 der Einwohnergemeinde
Schaffhausen einschliesslich Leistungsauftrag/Globalbudget
2006 der WoV-Abteilungen**

Der Grosse Stadtrat heisst den Voranschlag 2006 der Einwohnergemeinde Schaffhausen und den Leistungsauftrag, beziehungsweise das Globalbudget 2006 der vier WoV-Abteilungen der Stadt Schaffhausen sowie die von der GPK mit Datum 7. Dezember 2005 korrigierten Anträge in der **Schlussabstimmung** mit **43 : 4 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Voranschlag für das Jahr 2006 wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit a der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 108% festgesetzt und gemäss Art. 11 lit b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
3. Die folgenden Ausgaben werden gemäss Art. 11 lit d der Stadtverfassung *einzel*n dem fakultativen Referendum unterstellt:

Wiederkehrende Ausgaben der Laufenden Rechnung:	keine
Einmalige Ausgaben der Investitionsrechnung:	
300.503.301 Freihandbibliothek, baulich-betriebliche Verbesserungen	Fr. 259'700.--
350.503.364 Fussballstadion, Projektierung Neubau	Fr. 275'000.--
350.524.209 KSS, Dachsanierung	Fr. 220'000.--
540.503.590 Hortgebäude Hauental, Sanierung und bauliche Erweiterung	Fr. 480'000.--
570.503.527 Künzleheim, Projektierung Gesamtsanierung	Fr. 300'000.--
570.503.550 Altersheim Steig, Einbau von Sanitärzellen in der Pflegeabteilung	Fr. 584'000.--
621.506.100 Reinigung Unterhalt Winterdienst, Anschaffung Fahrzeug	Fr. 285'000.--
790.503.746 Planung, Quartiererneuerung	Fr. 300'000.--

4. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2006 benötigten fremden Mittel zu beschaffen.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Rolf Amstad (SP) eröffnet die heutige **Doppelsitzung Nr. 17/18** mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, der Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, des Leiters der Zentralverwaltung Thomas Jaquet, der VertreterInnen der Medien sowie der Gäste auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN des Ratspräsidenten:

"Und damit zuerst zu einem Zitat, diesmal stammt es von *Albert Einstein* und heisst:

„Wenn Sie so denken, wie Sie immer gedacht haben, werden Sie so handeln, wie Sie immer gehandelt haben. Wenn Sie so handeln, wie Sie immer gehandelt haben, werden Sie das bewirken, was Sie immer bewirkt haben.“

Mal schauen, was *wir zusammen* an der heutigen Budgetsitzung bewirken können. Ich wünsche uns jedenfalls sachliche und faire Beratungen. Bitte denken Sie daran, dass die GPK in mehreren langen Sitzungen den *Voranschlag 2006* bereits intensiv bearbeitet hat und uns heute entsprechende Änderungen vorlegen wird.

Wir werden die Beratungen ungefähr um 18.00 Uhr für eine stündige Pause unterbrechen, um uns bei Speis und Trank für den zweiten Teil der Doppelsitzung stärken zu können.

Das Büro hat festgestellt, das die Kleine Anfrage von GrSR Martin Egger (FDP): *Freie Büroräumlichkeiten in der Stadt Schaffhausen*, datiert vom 23.08.2005, überfällig ist. Der Stadtrat bittet an dieser Stelle noch um etwas Geduld, weil momentan personelle Ressourcen fehlen. Insbesondere sei die Frage nach den mutmasslichen Steuerausfällen nicht realisierter Ansiedlungen schwierig zu beantworten, da bei Nicht-Ansiedlungen keine Steuerdaten verfügbar sind. Weitere Abklärungen, speziell zur Frage 5 der Kleinen Anfrage, laufen noch und stehen im Zusammenhang mit Baubewilligungsverfahren. Die Antwort des SR sollte auf Ende Januar 06 vorliegen.

Dann gebe ich Ihnen noch einen personellen Wechsel in der Spezialkommission *Perspektiven finanzielle Entwicklung der Stadt Schaffhausen (Strategieplan Finanzen)* bekannt: Für die SVP/JSVP/EDU-Fraktion wird anstelle von GrSR Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP), GrSR Alfred Zollinger (SVP) in dieser SPK Einsitz nehmen.

Neu eingegangene Geschäfte und Vorstösse:

- *Kleine Anfrage* Nr. 33/2005, Martin Egger (FDP): Entwicklung der gefährlichen Hunderassen in der Stadt Schaffhausen, vom 02.12.05
- *Kleine Anfrage* Nr. 34/2005, Katrin Hauser-Lauber (FDP): Regelung der Mitglieder des Stadtschulrates - Auslegung und Anpassung der Stadtverfassung, vom 07.12.05
- An der letzten Ratssitzung eingereichte *Interpellation* von Martin Egger (FDP): Ausnutzung des Handlungsspielraums zur WoV-Einführung in der Verwaltung, vom 28.11.05

Von der GPK verhandlungsbereit gemeldete Geschäfte:

VdSR Verkauf des Grundstückes GB Nr. 21645 Majorenacker vom 08.11.05

Sprecher der GPK: Alfred Zollinger (SVP). Dieses Traktandum wird an der nächsten Ratssitzung vom 20.12.05 als Traktandum 1 figurieren.

VdSR Städtische Werke Schaffhausen und Neuhausen am Rheinfluss - Tarifrevision per 1. Januar 2006 (TO 06) für elektrische Energie vom 22.11.05.

Sprecherin der GPK: Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP).

Da dieses Geschäft dem fakultativen Referendum untersteht und die ab 01.01.06 gültigen Tarife per 15.02.05 rechtskräftig vorliegen müssen, wird die Vorlage voraussichtlich auf die erste Ratssitzung im Jahr 2006 traktandiert.

Die Ratsmitglieder haben erhalten bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Beantwortung Kleine Anfrage Nr. 29/2005, Christoph Lenz (AL): Ozonbelastung und Sensibilisierung, vom 06.12.05
- Kleine Anfrage Nr. 33/2005, Martin Egger (FDP): Entwicklung der gefährlichen Hunderassen in der Stadt Schaffhausen, vom 02.12.05
- Kleine Anfrage Nr. 34/2005, Katrin Hauser-Lauber (FDP): Regelung der Mitglieder des Stadtschulrates - Auslegung und Anpassung der Stadtverfassung, vom 07.12.05
- Interpellation Martin Egger (FDP): Ausnutzung des Handlungsspielraumes zur WoV-Einführung in der Verwaltung der Stadt Schaffhausen, vom 28.11.05
- Budget 2006: Ergänzungen der GPK
- Ablauf der Detailberatung des Budgets 2006 vom Ratssekretariat
- Personalinfo Nr. 3 vom Personaldienst der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll der 16. Sitzung wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt wiederum ein Exemplar bei der Ratssekretärin auf und kann dort eingesehen werden.

Die *Traktandenliste* wurde Ihnen rechtzeitig zugestellt. Es wurden keine Änderungen angebracht.

Wir beginnen mit Traktandum 1: *Vorlage des Stadtrates Voranschlag 2006 der Einwohnergemeinde Schaffhausen einschliesslich Leistungsauftrag/Globalbudget 2006 der WoV-Abteilungen* vom 6. September 2005.

Den Voranschlag 2006 erhielten Sie diesmal im praktischen gelben Ordner. Dazu gehören diverse Ergänzungen (Nachträge, bereinigte Anträge mit Beilagen sowie neue Seite 16 für den Leistungsauftrag/Globalbudget Altersheim Steig), die Sie heute Abend auf Ihren Pulten vorfinden. Die definitive Fassung wird im gewohnten Format hergestellt.

Im Interesse einer effizienten Beratung des Budgets hoffe ich, dass Sie Detailfragen, die keine politische Brisanz besitzen, vorgängig in den Fraktionen oder über die GPK-Mitglieder bereinigen konnten.

Dann hören wir jetzt zuerst den Bericht aus der Geschäftsprüfungskommission. Ich gebe das Wort weiter an den Präsidenten der GPK, Alfred Zollinger (SVP). "

**Traktandum 1 VdSR: Voranschlag 2006 der Einwohnergemeinde Schaffhausen
einschliesslich Leistungsauftrag/Globalbudget 2006 der WoV-
Abteilungen**

Alfred Zollinger (SVP)

Sprecher der GPK *

"Als Präsident der GPK darf ich Sie auf die heutige Budgetdebatte einstimmen, und dies erst noch am 13. Ich bin überzeugt, dass sich alle Fraktionen ausgiebig mit der Botschaft des Stadtrates vom 6. September 2005 und den dazugehörigen Budgetunterlagen befasst haben.

Deshalb werde ich mich auf die wesentlichsten Punkte beschränken. Die von der GPK in Absprache mit dem Stadtrat gestellten Nachträge zum Budget 2006 haben Sie heute an Ihrem Platz vorgefunden. Ich werde diese Anträge noch speziell begründen.

Gemäss der Botschaft des Stadtrates zum Voranschlag 2006 resultiert in der laufenden Rechnung ein Aufwandüberschuss von Fr. 1'695'300.-- (Seite 4) und in der Investitionsrechnung ein Ausgabenüberschuss von Fr. 10'687'500.-- (Seite 6).

Die Schwerpunkte des vorliegenden Budgets betreffend laufender Rechnung sind auf Seite 2 und die grösseren Investitionen auf Seite 6 der Botschaft des Stadtrates aufgelistet.

Unter Berücksichtigung der Anträge der GPK, datiert vom 7. Dezember 2005, vermindert sich das Defizit der laufenden Rechnung um Fr. 1'086'600.-- und die Investitionsrechnung um Fr. 510'000.--.

Sofern Sie den vorliegenden Änderungsanträgen der GPK zustimmen, ergeben sich für die verschiedenen Rechnungen die nachfolgenden Zahlen für das Budget 2006:

Laufende Rechnung	Aufwandüberschuss	Fr. 608'700.--
Investitionsrechnung	Aufwandüberschuss	Fr. 10'177'500.--
Spezialfinanzierungen	Aufwandüberschuss	Fr. 2'051'500.--
Stiftungen und Legate	Aufwandüberschuss	Fr. 102'300.--

Die auf Seite 3 der Botschaft des Stadtrates angegebenen Kennzahlen würden sich dadurch marginal verbessern, geben aber noch keinen Anlass zu einem Höhenflug. Obwohl mit diesen Änderungen der Selbstfinanzierungsgrad von 47,13% auf 56,49% verbessert werden konnte, wird die Verschuldung einmal mehr ansteigen.

Der Finanzierungsfehlbetrag beträgt neu Fr. 6'289'500.--, das heisst: Er konnte um Fr. 1'656'600.-- reduziert werden. Innerhalb der GPK wurde das Budget wie folgt behandelt:

Am 14. September 2005 war das Eintreten vorgesehen. Stadträtin Veronika Heller stellte die Hauptpunkte des Budgets vor. Sie konnte auch bekannt geben, dass sich das Defizit seit Erstellung des Budgets auf Fr. 1'668'800.-- reduziert hat, was auf die beiden Positionen Gemeindeanteil für arbeitsmarktliche Massnahmen und Zahlung an den Finanzausgleich, Arbeitslosenhilfe, zurückzuführen ist. Sie wies auch darauf

hin, dass ein Budget mit einer Abweichung in der Grössenordnung von +/- 2% vom Aufwand als ausgeglichen betrachtet werden kann.

In der anschliessenden Diskussion zeigte sich klar, dass die bürgerlichen Mitglieder der GPK mit diesem Defizit von rund Fr. 1,7 Mio überhaupt nicht einverstanden waren, wurde doch ein in effektiven Zahlen ausgeglichenes Budget erwartet. Dazu kam, dass in der Botschaft des Stadtrates vom 6. September 2005 bereits darauf hingewiesen wurde, dass das Defizit des Budgets 2006 voraussichtlich nicht über das Eigenkapitalkonto abgedeckt werden kann. Dessen Saldo betrug Ende 2004 rund Fr. 2,9 Mio. Das rechtskräftige Budget 2005 weist bekanntlich ein Defizit von rund Fr. 3,2 Mio aus. Aus heutiger Sicht sei anzunehmen, dass das erwähnte Defizit in der Jahresrechnung 2005 nicht wesentlich geringer ausfallen werde. Je länger je klarer ergab sich, dass bei einer Abstimmung ein *Nicht-Eintreten* befürchtet werden musste.

Aus diesem Grunde habe ich vorgeschlagen, dass die traktandierete Eintretensabstimmung vertagt und ein neuer Sitzungstermin gegen Ende September 2005 angesetzt wird. Das ermöglichte dem Gesamtstadtrat, das Budget zu überarbeiten und der GPK Reduktionsmöglichkeiten zur gemeinsamen Diskussion zu präsentieren. Die GPK hat kein Interesse, auf Kollisionskurs mit dem Stadtrat zu gehen, beziehungsweise vor einem Scherbenhaufen zu stehen. Dieses Vorgehen wurde mit 4:0 Stimmen, bei zwei Enthaltungen und einer Abwesenheit, gutgeheissen. Gleichzeitig wurde der Stadtrat aufgefordert, der GPK Vorschläge und detaillierte Begründungen für ein *betragsmässig praktisch ausgeglichenes Budget 06* vorzulegen.

Auf den 27. September 2005 hat der Stadtrat die Fraktionspräsidenten und die GPK zur Strategievorstellung des Stadtrates, Information und Aussprache zum Budget 2006, eingeladen. Im Anschluss fand das Eintreten auf das Budget 2006 statt. Stadträtin Veronika Heller konnte dabei bekannt geben, dass sich das Defizit aufgrund von Minderablieferungen bei AHV und EL, IV, Verbilligung Krankenkassenprämien und Mehrausgaben für die familienergänzende Kinderbetreuung sowie Mehreinnahmen bei den Gemeindesteuern auf Fr. 792'300.-- per 26. September 2005 reduziert hat.

Ein entsprechendes Schreiben des kantonalen Finanzdepartements vom 20. September 2005 lag vor. Aufgrund dieser positiven Veränderung trat dann die GPK mit 6:0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, auf das Budget 2006 ein. Gleichzeitig wurde der Stadtrat aber angewiesen, die Nachtragskredite 2006 auf ein absolutes Minimum zu beschränken.

Danach wurden zwei Dreiergruppen gebildet und die zu überprüfenden Budgetpositionen, inklusive WoV-Pilotbetriebe zugeteilt. Der Sprechende wirkte wiederum in beiden Gruppen mit. Fragenkataloge wurden erstellt und eingereicht.

Am 17. November 2005 konnte der weitaus grösste Teil der eingereichten Fragen durch Stadträtin Veronika Heller und Thomas Jaquet/Zentralverwaltung zu unserer Zufriedenheit beantwortet werden. Diese Sitzung dauerte von 14.00-20.00 Uhr.

Die Beantwortung der noch hängigen Fragen erfolgte an der GPK-Sitzung vom 30. November 2005, die ebenfalls von 14.00-20.00 Uhr dauerte. Daran nahmen

Stadträtin Veronika Heller, Thomas Jaquet/Zentralverwaltung, Alfred Stamm/FIKO und temporär die übrigen Stadträte teil, die zu speziell referatsbezogenen Fragen Stellung nehmen mussten. Ich kann nur bestätigen, dass auch dieses Frage- und Antwortspiel in sehr angenehmer Atmosphäre verlief und die erhaltenen Antworten die GPK überzeugen konnten.

Nun bitte ich Sie, die Botschaft des Stadtrates vom 6. September 2005 sowie die erhaltenen Blätter GPK-Nachträge, datiert 7. Dezember 2005, zur Hand zu nehmen, damit ich die Anträge der GPK erläutern kann.

Als Ausgangslage dient die Botschaft des Stadtrates, die auf Seite 4 für die laufende Verwaltungsrechnung einen Ausgaben-Überschuss von Fr. 1'695'300.--, und auf Seite 6 für die Investitionsrechnung einen Ausgaben-Überschuss von Fr. 10'687'500.-- ausweist.

Diese beiden Zahlen finden Sie wieder auf der Liste der GPK-Anträge, bezeichnet mit *Ergebnis Laufende Rechnung bisher* auf Blatt 1, beziehungsweise *Ergebnis Investitionsrechnung bisher* auf Blatt 3. Danach sind jeweils die Änderungsanträge der GPK, die mit dem Stadtrat abgesprachen sind, aufgeführt.

Allfällige Fragen und anderweitige Anträge sind jeweils unter der entsprechenden Kontoposition zu stellen. In der hintersten Kolonne, bezeichnet mit *Auswirkung Budget 2006*, werden mit Minus zusätzliche Ausgaben/Mindereinnahmen und ohne Vorzeichen zusätzliche Einnahmen/Minderausgaben bezeichnet.

Die nachfolgenden Änderungsanträge sind hiermit von der GPK für die Detailberatung gestellt:

Laufende Rechnung (Blatt 1)

Allgemein

ca. - 275'800.--

Erhöhung Teuerung auf Besoldungen um 0,4 %

1% sind bereits im Budget enthalten. Somit beträgt der Teuerungsausgleich total 1,4%, was der ausgewiesenen Teuerung September 2004/September 2005 gemäss Landesindex der Konsumentenpreise entspricht. Damit sind die Gehälter des städtischen Personals auf 104,7 Punkte ausgeglichen.

Allgemein

ca. - 53'200.--

Erhöhung Sozialleistungen infolge Teuerungsanpassung um 0,4 %

Grosser Stadtrat

Konto 0120 301.001 Besoldung Grossstadtratssekretärin - **4'200.--**

Konto 0120 303.000 Sozialleistungen - **800.--**

Erhöhung der Stellenprozente um 10% auf 60% gemäss Bürobeschluss vom 8. November 2005. Die 10%-ige Stellenprozenterhöhung erfolgt aus dem Stellenpool. Mit dieser Erhöhung kann davon ausgegangen werden, dass mehr oder weniger keine Überstunden mehr anfallen, was auf die merkliche Zunahme der Protokollerstellung, der Rats- sowie der GPK-Sitzungen, zurückzuführen ist.

Konto 0120 311.000 Anschaffung Informatik - **10'900.--**

Konto 0120 315.000 Miete/Wartung/Lizenzen Informatik - **4'400.--**

Anschaffung- und Betriebskosten für ein Notebook sowie der Protokollierungssoftware „verbalix portable“ gemäss Offerte der KSD vom 14. November 2005. Mit „verbalix portable“ sollte künftig die Protokollführung erleichtert werden. Mit diesem Programm wird das Gesprochene auf einem Notebook digital aufgenommen und von der Protokollführerin fortlaufend aufgrund von Redner- und Geschäftswechsel gegliedert. Die aufgezeichneten Voten werden danach geschwindigkeitsverlangsamt abgehört und niedergeschrieben. Die qualitativ bessere Aufnahme sowie die festgehaltene Struktur erleichtert später die Arbeit der Protokollführerin. Der Kantonsrat hat die gleiche Anschaffung getätigt.

Schaffhauser Polizei

Konto 1130 351.001 Entschädigung, Anteil Stadt - 114'400.--
Beitragsfestlegung auf Fr. 5'089'030.-- für 2006 gemäss Beschluss des Regierungsrates vom 1. Nov. 2005.

Museum

Konto 3010 301.000 Besoldungen 41'600.--
301.014 Löhne temp. MitarbeiterInnen - 41'600.--
469.000 Beiträge von Dritten 41'600.--

Per Saldo handelt es sich um eine Verbesserung von Fr. 41'600.--. Die Löhne der temporären MitarbeiterInnen waren irrtümlicherweise in den Besoldungen inbegriffen und deren Übernahme durch die Sturzenegger-Stiftung nicht berücksichtigt.

Beiträge im Sportbereich

Konto 3480 365.403 Aranea Kletterzentrum, Baubeitrag 100'000.--
Auf dieser Position wurde der „à-fonds-perdu-Betrag“ gestrichen, wird aber ausführlich in der Investitionsrechnung behandelt.

Alters- + Hinterlassenenversicherung

Konto 5000 360.000 Beiträge an AHV + Ergänzungsleistungen 426'700.--

Invalidenversicherung

Konto 5100 360.001 Beitrag an die Eidg. Invalidenversicherung 12'600.--

Obligatorische Krankenvers.-Prämien

Konto 5200 361.001 Verbilligung Krankenvers.-Prämien 53'100.--

Diese drei Positionen können gemäss Schreiben vom 20. September 2005 des Finanzdepartements entsprechend reduziert werden.

Laufende Rechnung (Blatt 2)

Familienergänzende Kinderbetreuung

Konto 5490 365.531 Beitrag an neu zu schaffende Kinderkrippen - 175'000.--
Maximale Subventionen gemäss Volksabstimmung vom 25. Sept. 2005

Konto 5490 460.000 Bundesbeiträge 60'000.--
Maximaler Bundesbeitrag für Position 365.531

Gemeinde-Anteil für arbeitsmarktliche Massnahmen

Konto 5825 351.003 Kostenanteil an Anstellungsprogramme - 204'700.--

Der Regierungsrat erhöhte den Beitragssatz der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer für den kantonalen Sozialfonds von 0,15% auf 0,3% der ALV-pflichtigen Lohnsumme,

aufgrund der weiterhin schwierigen Situation am Arbeitsmarkt und den damit verbundenen Kosten im Bereich der Anschlussstaggelder und Eingliederungsmassnahmen. Ab 1. Januar 2006 beträgt der Arbeitgeberanteil 0,2%, derjenige der Arbeitnehmer 0,1%.

Nah- und Regionalverkehr

Konto 6510 363.001 Verkehrsbetriebe, Defizitdeckung **- 45'000.--**

Anpassung der Teuerung auf 1,4% und des Dieselölpreises auf Fr. 1.55, der im Vorjahr noch auf Fr. 1.28 angesetzt war. Andererseits wurden auch die Nebenerträge, Transportleistungen für Dritte um Fr. 30'000.-- nach oben angepasst, was Sie der erhaltenen Beilage 3 entnehmen können.

Tourismus

Konto 8300 365.919

Beiträge zur Förderung der Einkaufs- und Tourismusstadt Schaffhausen **50'000.--**

Reduktion von Fr. 100'000.-- auf Fr. 50'000.--, da von der GPK der Anteil von Fr. 50'000.-- für das Projekt zur Vereinigung Pro City/IGU gestrichen worden ist. Hingegen ist der Betrag von Fr. 50'000.-- für die Durchführung von Verkaufsförderungsevents in der Altstadt gemäss zu entwickelnden Projekten gutgeheissen worden, jedoch verbunden mit der Auflage, dass der Stadtrat für solche Aktionen die Federführung übernehmen muss. Trotz Streichung der Fr. 50'000.-- werden die Pro City und die IGU aufgefordert, gezielt Gespräche zur Vereinigung zu führen.

Gemeindesteuern

Konto 9000 400.000 Einkommens- und Vermögenssteuern **1'000'000.--**

Gemäss Brief des Finanzdepartements vom 20. Sept. 2005 und Hochrechnung der kantonalen Steuerverwaltung vom 21. Nov. 2005 kann dieser Betrag um Fr. 1 Mio. erhöht werden.

Finanzausgleich

Konto 9200 341.000 Zahlung an den Finanzausgleichfonds **231'000.--**

Gemäss Brief vom 6. September 2005 kann dieser Betrag entsprechend reduziert werden.

Die *übrigen Positionen auf Blatt 2* sind reine Budgetverschiebungen, die sich gegenseitig aufheben. Dabei weise ich speziell auf die Ihnen abgegebenen Beilagen 1 und 2 - betreffend Aufhebung der Finanzstellen 2150 und 5480 - hin, die in die Finanzstellen 2100 Primarschulen und 2120 Orientierungsschulen, beziehungsweise Finanzstelle 5896 Quartierprojekte, integriert werden.

Nach diesen Änderungen beträgt der Ausgabenüberschuss **608'700.--**

Ich muss aber noch darauf hinweisen, dass aufgrund der Lohnveränderungen bei einzelnen Finanzpositionen ein Saldoausgleich erfolgen wird, wodurch sich das Budget noch um mehrere tausend Franken verändern kann.

Investitionsrechnung (Blatt 3)

Sportplätze

Konto 341 500.309 Munotsportplatz Schutzdach **210'000.--**

Diese Position wurde gestrichen, da die vorgelegten Pläne gar nicht überzeugen konnten. Zusätzlich war die GPK der Ansicht, dass das Vorhaben viel zu teuer ist.

Übrige Freizeitgestaltung

Konto 350 525.100 Aranea Kletterzentrum - 100'000.--

Dieser Betrag wurde, wie bereits erwähnt, von der laufenden Rechnung in die Investitionsrechnung verschoben. Die GPK suchte eine Lösung, dass der Betrag von Fr. 100'000.-- nicht als „à-fonds-perdu“-Betrag gesprochen werden muss, damit kein Präjudiz für die Zukunft geschaffen wird.

Mit 5:2 Stimmen hat die GPK beschlossen, den Umzug und Neuanfang der Genossenschaft Aranea+ in die neuen Räumlichkeiten, Ebnatstrasse 65, mit einem entsprechenden Darlehen zu unterstützen. Eine Auszahlung des Betrages erfolgt aber nur, wenn die neue Genossenschaft Aranea+ die Gesamtfinanzierung nachweisen kann. Das Kletterzentrum musste einen anderen Standort suchen, da das jetzige Mietverhältnis durch die Georg Fischer Liegenschaften AG per Mitte 2006 gekündigt worden ist.

Das Kletterzentrum ist in der Region und auch darüber hinaus bestens bekannt. Es wird regelmässig von Schulklassen, als Ergänzung zum Turnunterricht, besucht und auch je länger je mehr im Zusammenhang mit Rehabilitation, zum Beispiel bei Rückenproblemen verschrieben. Auch heilpädagogische Aspekte, wie Gesamtkörperkoordination bei Kindern und Jugendlichen, können mit Klettern verbessert werden.

Der Regierungsrat hat ebenfalls Fr. 100'000.-- zugesagt, nämlich je Fr. 50'000.-- aus dem Sport-Toto-Fonds und dem Lotteriegewinnfonds. Der Regierungsrat macht aber die Auszahlung der Fr. 50'000.-- aus dem Lotteriegewinnfonds davon abhängig, dass die Gesamtfinanzierung des Umzugs und der künftige Betrieb gesichert sind und sich die Stadt Schaffhausen, als Standortgemeinde, mit der budgetierten Summe von Fr. 100'000.-- *beteiligt*. *Beteiligt* heisst in diesem Falle, entweder einen „à-fonds-perdu“-Beitrag zu leisten oder Anteilscheine zu zeichnen.

Anlässlich der Beschlussfassung durch die GPK am 30. November war die Vorgabe „*beteiligt*“ des Regierungsrates unbekannt, obwohl der Regierungsratsbeschluss vom 15. November 2005 datiert ist und eigentlich schon längst beim Stadtrat vorlag. Es stellt sich nur die Frage, in wessen verstaubter Schublade dieser Entscheid gelandet und eingeschlafen ist.

Von einem Ratsmitglied wurde ich am letzten Freitag auf den Vorbehalt des Regierungsrates aufmerksam gemacht. Ich erhielt auch die notwendigen Unterlagen. Für mich war auf jeden Fall sofort klar, dass bei einer Aufrechterhaltung des GPK-Antrages *Gewährung eines Darlehens*, die Aranea+ nur noch Fr. 50'000.-- vom Kanton erhalten würde. Deshalb habe ich über das vergangene Wochenende eine „Mail-Übung“ durchgeführt und die GPK-Mitglieder entsprechend informiert.

Aufgrund dieser veränderten Ausgangslage haben die GPK-Mitglieder mittels Mail-Beschluss am 11./12. Dezember 2005 mit 5:2 Stimmen entschieden, den gestellten Antrag *Variante Darlehen* zurückzuziehen.

Dafür stellen wir hiermit den *folgenden, neuen Antrag*:

Der Betrag von Fr. 100'000.-- ist in Anteilscheinen der neuen Genossenschaft Aranea+ zu zeichnen. Selbstverständlich gilt auch hier, dass eine Librierung der Fr. 100'000.-- nur vorgenommen werden kann, wenn die Gesamtfinanzierung der Genossenschaft Aranea+ zustande kommt. Eine weitere, zukünftige Haftung besteht nicht. In den Statuten der neuen Genossenschaft Aranea+, datiert vom 27. September 2005, ist unter Artikel 11 Folgendes festgehalten:

Für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft haftet einzig das Genossenschaftsvermögen. Jede persönliche Haftung oder Nachschusspflicht der Mitglieder ist ausgeschlossen.

Die Abwicklung der Anteilscheine erfolgt über das Konto 350 525.003. Deshalb bitte ich Sie, in Ihrer Liste „Anträge der GPK“ die folgenden Änderungen vorzunehmen: Die Konto-Nummer 350 525.100 ist durch 350 525.003 zu ersetzen und der Text ist wie folgt abzuändern: *Aranea Kletterzentrum, Anteilscheine, gemäss Antrag der GPK vom 11./12. Dez. 2005.*

Strassenverkehrsanlagen

Konto 620 501.639 Velobrücke „Duraduct“ **60'000.--**
Konto 620 662.305 Entnahme aus Strassenbaufonds **- 60'000.--**

Gemäss SR Peter Kämpfer liegt der Realisierungshorizont dieses Projekts zwischen 2012 und 2020. Obwohl das Projekt sinnvoll und wünschbar erscheint, steht es zur Zeit auf sehr „vagem Niveau“. Die GPK hat mit 6:0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, beschlossen, diese Beträge zu streichen.

Gleichzeitig wurde aber das Baureferat beauftragt, intern die notwendigen Diskussionsgrundlagen/Machbarkeitsstudie zu erarbeiten und auch die Bedingungen für die Aufnahme in das Agglomerations-Konzept abzuklären.

Liegenschaften des Finanzvermögens

Konto 942 703.101 Nebengebäude Granatenbaumgut **600'000.--**

Dieser Betrag für eine Gesamtsanierung wurde von der GPK gestrichen. Eine Sanierung, die nicht auf die Bedürfnisse der zukünftigen Bewohner abgestimmt ist, bringt nichts. Das Baureferat wurde beauftragt, das Objekt nochmals auszuschreiben. Ebenfalls ist der Heimatschutz anzufragen, ob er an einer Hausübernahme interessiert sei oder ob eventuell ein Kontakt zu einem allfälligen Baurechtsnehmer, beziehungsweise zu einem Käufer hergestellt werden kann.

Als *Gegenleistung* wurde mit 7 : 0 Stimmen beschlossen, eine Sanierungs-/Anschubfinanzierung für einen Baurechtsnehmer von **- 200'000.--** zu budgetieren, die auf **Konto 942, 703.117** Nebengebäude Granatenbaumgut/Anschubfinanzierung gebucht wird.

Nach diesen Änderungen beträgt der Ausgabenüberschuss - 10'177'500.--

Spezialfinanzierungen

Diese Verbesserung um Fr. 60'000.-- hat sich aus Streichung der Position 620, 501.639, Velobrücke „Duraduct“, in der Investitionsrechnung ergeben.

Auf *Seite 4* der abgegebenen GPK-Liste finden Sie die Veränderungen bei den Budgets der Abwasserreinigungsanlage Röti, der Kehrrichtbehandlungsanlage Hard und der Multikomponentendeponie Pflumm.

Die Veränderungen sind auf die Erhöhung des Teuerungsausgleiches von 1% auf 1,4% zurückzuführen, was jeweils Auswirkungen bei den Besoldungen wie auch den Sozialleistungen hat.

Auf *Seite 5* sind die Veränderungen der Verkehrsbetriebe Schaffhausen aufgeführt. Diese sind auf die Position 6510 363.001, VBSH Defizitdeckung, in der laufenden Rechnung zurückzuführen. Die revidierten Zahlen können der abgegebenen Beilage 3 entnommen werden.

Den **WoV-Pilotabteilungen** wurde der Fragenkatalog ebenfalls frühzeitig zugestellt. Erstmals wurden die Fragen im Voraus schriftlich beantwortet. Das ermöglichte der GPK, gezielt nachzufassen und strategische Diskussionen zu führen.

Am 25. November 2005 fand dann die GPK-Sitzung *WoV-Leistungsauftrag/Globalbudgets 2006* statt. Daran nahmen alle Leiter der WoV-Abteilungen sowie Stadträtin Veronika Heller und vom Controlling Werner Bianchi und Ursula Peter teil.

Die Gespräche beziehen sich im Gegensatz zum normalen Budgetdialog auf eine ganze Produktegruppe und werden deshalb viel globaler geführt, ohne aber allfällig notwendige Details ausser Acht zu lassen. Erfreut war die GPK darüber, dass verschiedene in der Vergangenheit geäusserte Änderungswünsche im Reporting berücksichtigt worden sind. Besten Dank dafür.

In der Botschaft des Stadtrates finden Sie auf *Seite 10* die Bemerkungen zu den WoV-Leistungsaufträgen. Speziell zu beachten ist, dass aufgrund der gemachten Erfahrungen die Produktegruppen beim Stadtarchiv und bei der Steuerverwaltung gestraft worden sind.

Das Altersheim Steig hat, wie im Rahmen des Jahresabschlusses 2004 bereits angekündigt, seine Leistungsziele teilweise geändert und damit auch Indikatoren und Standards entsprechend angepasst. Eingehend wurden diejenigen der Produktegruppe *Pflege*, siehe *Seite 16*, diskutiert. Die GPK stellte die Indikatoren der Leistungsziele 1 und 2, Trinkgelder und Erwähnung in Danksagungen und Todesanzeigen, in Frage, beziehungsweise konnte davon nicht überzeugt werden.

Nach längerer Diskussion wurde vereinbart, dass das Altersheim Steig für die Produktegruppe *Pflege* teilweise neue Leistungsziele erarbeiten muss. Die Neufassung von *Seite 16* haben Sie ebenfalls heute erhalten. Die GPK stimmte am 30. November 2005 mit 6:0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, der vorliegenden Fassung zu und beantragt hiermit, damit die bisherige *Seite 16* zu ersetzen.

Die vorliegenden *Anträge* gemäss *Seite 11* der Botschaft des Stadtrates vom 6. September 2005, *Leistungsaufträge/Globalbudget* der WoV-Abteilungen und die beantragten Nachträge gemäss *Liste* vom 7. Dezember 2005 wurden an der GPK-Sitzung vom 30. November 2005 mit 7:0 Stimmen gutgeheissen.

Die GPK empfiehlt Ihnen, auf das vorliegende Budget 2006, verbunden mit den Anträgen gemäss Liste vom 7. Dezember 2005, einzutreten und der Vorlage mit den beantragten GPK-Anträgen zuzustimmen. Gleiches gilt für die Leistungsaufträge/Globalbudget 2006 der vier WoV-Pilotabteilungen, inklusive der beantragten Änderungen auf Seite 16 der Produktegruppe *Pflege* des Altersheims Steig.

Zum Abschluss danke ich allen am Budget beteiligten Personen herzlich, sei es für das Zusammentragen von Zahlen oder die Beantwortung der GPK-Fragen. Vor allem denke ich dabei an Stadträtin Veronika Heller, Thomas Jaquet, Werner Bianchi und Alfred Stamm, die einmal mehr viele Frage- und Antwortstunden im Kreise der GPK verbringen „durften“, was selbstverständlich auch für die übrigen Mitglieder der Exekutive gilt. Auch unserer Ratssekretärin, Gaby Behring, herzlichen Dank für die immer prompte und ausführliche Erstellung der Protokolle. Meinen Kolleginnen und Kollegen von der GPK danke ich für ihre Unterstützung und den grossen Einsatz.

Dabei muss ich aber zuhänden der Verwaltung noch festhalten, dass diverse Fragen bei besserer oder ausführlicher Kommentierung hätten vermieden werden können. Die GPK geht daher davon aus, dass aus gemachten Fehlern gelernt wird, und deshalb zukünftige Fragenkataloge um einiges reduziert werden können, was sich dann auch auf die Sitzungsdauer auswirken würde.

Erfreulich war ebenfalls, dass einmal mehr sämtliche Budgetgespräche in einer äusserst angenehmen Atmosphäre und auf sachlicher Ebene stattfanden, wofür ich allen Beteiligten herzlich danke. "

Mariann Keller (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung *

"Ich danke vorerst der Finanzreferentin, den Stadträten, den MitarbeiterInnen der Zentralverwaltung und allen involvierten Mitgliedern der städtischen Verwaltung für ihren Einsatz, der sich in einem ausgeglichenen Budget 2006 präsentiert. Ihre Unterstützung innerhalb der GPK-Arbeit war wertvoll. Danken möchte ich auch dem GPK-Präsidenten für die mit viel Umsicht geleiteten Sitzungen.

Das Budget 2006 bewegte sich von Beginn weg (bei einem Gesamtaufwand von Franken 200 Millionen, mit einer Abweichung von 0,84%) im definierten ausgeglichenen Bereich, was erfreulich und der sorgfältigen Budgetierung der Teilbereiche zu verdanken ist.

Deswegen erstaunte die Reaktion aus bürgerlicher GPK-Seite, die vor einem möglichen Eintreten ihrerseits eine vorgängige Kürzungsaktion des Budgets verlangte. Ziel dieser Kürzung sollte ein Budget "in der Nähe von Null" sein. Nach diesem etwas eigenen Einstieg fand die Detailberatung dann in einem konstruktiven Rahmen statt.

Zu den *Anträgen der GPK* möchte ich Folgendes bemerken:

Die Streichung gewisser Posten wurde von der SP/AL-Fraktion unterschiedlich gutgeheissen.

Wir können uns mit der Umwandlung vom Beitrag für das *Aranea-Kletterzentrum* von Fr. 100'000.-- in Anteilsscheine an der neuen Genossenschaft Aranea+ einverstanden erklären.

Das Kletterzentrum hat eine regionale und überregionale Bedeutung im Bereich des Sportangebotes. Mit dieser Entscheidung wird mindestens eine gewisse Unterstützung für das weitere Bestehen des Kletterzentrums gewährleistet.

Die Streichung des Beitrages an das *Projekt Vereinigung Pro-City/IGU* wird mehrheitlich begrüßt, vor allem weil auch ein entsprechendes Konzept fehlt. Wir gehen davon aus, dass diese Vereinigung auch ohne finanzielle Unterstützung von Seiten der Stadt zustande kommen sollte.

Da das *Projekt Schutzdach auf der Munotanlage* in der GPK wenig ausgereift präsentiert wurde, ist dessen Streichung sicher zu vertreten, vor allem unter der Option, dass es zu einem späteren Zeitpunkt wieder in die Investitionsrechnung aufgenommen werden kann.

Der Streichungsantrag vom *Projektierungsbetrag Velobrücke "Duraduct"* kann insofern besser verkräftet werden, weil er mit dem Auftrag einhergeht, dass die Stadt eine interne Machbarkeitsstudie durchführen muss. Das Geld ist zwar gestrichen, jedoch wird das Projekt (und dies möchte ich betonen und festgehalten haben) zumindest nicht ganz ad acta gelegt.

Die Streichung des *Sanierungsbetrages von 600'000.- für das Nebengebäude Granatenbaumgut* wird gutgeheissen. Die Abgabe im Baurecht soll weiter verfolgt werden und allenfalls mit einer Anschubfinanzierung realisiert werden. Bleibt dieses Vorgehen innerhalb einem Jahr erfolglos, kann eine Sanierung erneut in das Budget von 2007 aufgenommen werden.

Zu *WoV* ist positiv zu bemerken, dass die gestellten Änderungswünsche im Reporting berücksichtigt wurden. Trotzdem wird auch für die Zukunft gewünscht, dass die Kommentare der Leistungsvereinbarungen detaillierter ausgeführt werden, vor allem bei Änderungen. Dadurch ist die nötige Transparenz gewährleistet, und unnötige Fragestellungen werden verhindert.

Dass Leistungsziele in *WoV*-Abteilungen jederzeit revidiert und neu festgesetzt werden können und deren Genehmigung auch im Kompetenzbereich des Grossen Stadtrates liegen, hat sich mit einem erfolgreichen Änderungsantrag zu einem Leistungsziel im Altersheim Steig bestätigt.

Damit bin ich am Schluss meiner Ausführungen. Wir werden uns bei einzelnen Detailposten zu Wort melden. Während den Lesungen in der GPK wurden keine möglichen Pauschalkürzungen angekündigt. Es bleibt zu hoffen, dass diese auch im Rat ausbleiben werden. Sollten jedoch solche beantragt werden (vor allem jene, die den Leistungsabbau nicht definieren) werden wir uns, wie gewohnt, zur Wehr setzen.

Die **SP/AL-Fraktion** wird auf das Budget eintreten und ihm je nach Resultat der Verhandlungen zustimmen. "

Rainer Schmidig (EVP)

OeBS/EVP-Fraktionserklärung *

"Ich kann es gleich vorweg nehmen: Die OeBS/EVP-Fraktion wird auf das Budget 2006 eintreten und ihm in der vorliegenden Form auch zustimmen. Allerdings behalten wir uns vor, zu einzelnen Punkten in der Detailberatung noch Fragen und auch Anträge zu stellen.

Die Details zur Rechnung hat der Präsident der GPK ausführlich geschildert. An dieser Stelle danke ich dem Stadtrat und der Verwaltung für die ausführlichen Antworten, die wir auf unsere Fragen erhalten haben und für den Einsatz, den sie das ganze Jahr zugunsten unserer Stadt leisten.

Natürlich ist unsere Fraktion froh, dass das Defizit auf unter eine Million Franken gedrückt werden konnte. Allerdings war dies nur möglich, weil im Vorfeld der Beratungen in der GPK der Stadtrat noch einiges aus der schon fast trockenen Zitrone herausgepresst hat. Zudem scheinen das Wohnortmarketing und die anziehende Konjunktur endlich auch in Schaffhausen ihre Spuren zu hinterlassen. So kann die Stadt mit einer Zunahme der Bevölkerung rechnen und vom Kanton kam die freudige Mitteilung, dass gemäss Hochrechnung der kantonalen Steuerbehörde die Steuererträge höher als erwartet ausfallen werden.

Weiterhin ist aber das Budget der Stadt belastet mit Ausgaben für Angebote, die allen Einwohnern der Agglomeration dienen. Eine Abgeltung dieser Zentrumslasten lässt jedoch auf sich warten. So bewegen wir uns mit diesem Budget auf dünnem Eis, und schnell können Einnahmen und Ausgaben wieder aus dem Gleichgewicht geraten. Der Selbstfinanzierungsgrad mit unter 60% ist alles andere als befriedigend, die Verschuldung und damit die Last der Schuldzinsen werden zunehmen.

Eine Politik, die auf ein stetiges und zuverlässiges Wachstum ausgerichtet ist, ist deshalb die einzige erfolgversprechende Politik. Dabei sollte auf ein kurzfristiges Ködern von Superreichen mit übermässigen und ungesunden Steuersenkungen verzichtet werden. Wie schnell sind diese in noch steuergünstigere Kantone (siehe Obwalden) abgewandert. Vielmehr sind Steuergesetzrevisionen, die Familien entlasten und eine für Familien freundliche Politik ein langfristig wirksames Mittel zur qualitativen Verbesserung des Wohnumfeldes und zur Gesundung der Stadtfinanzen. Durch eine stetige Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Familien steigt auch das Steueraufkommen. So werden langfristig die Stadt und die Bewohnerinnen und Bewohner profitieren. Sie haben es herausgehört: Die OeBS/EVP-Fraktion wird keinem Antrag auf Steuerfussenkung zustimmen. Zuerst muss jetzt die Steuergesetzrevision verdaut werden. "

Walter Hotz (FDP)

FDP/JFDP/CVP-Fraktionserklärung *

"Man könnte das Budget 2006 mit dem Titel "Noch lange nicht gespart" betiteln. Von Sparen kann sicher nicht die Rede sein. Die Stadt kann keine Rücklagen bilden, somit baut sie auch nicht die Verschuldung ab. Sie ist lediglich bestrebt, sich weniger zu verschulden. Dies ist immerhin ein löblicher Anfang, auch wenn man das Gefühl hat, dass die Exekutive Sparen nicht als Programm ansieht. Immer wieder hören wir, dass wir als Legislative der Exekutive sagen müssen, wo gespart und somit Leistungen abgebaut werden müssen.

Ich kann dazu nur sagen, wenn *Sie* nicht wollen, meine Dame und Herren Stadträte, und die Verantwortung an die GPK und die Mitglieder des Grossen Stadtrates abschieben, so werden wir den Finanzhaushalt in Zukunft nicht gemeinsam verbessern können.

Wir nähern uns nämlich einer ganz gefährlichen Zahl. Ich meine damit, dass sich der Personalaufwand von budgetierten Fr. 85'155'000.-- bald der Zahl der budgetierten Steuereinnahmen nähert. Die Steuereinnahmen sind beim Budget 2006 mit

Fr. 105'905'000.-- budgetiert. Ich will mit dieser Zahl nicht Panik machen. Aber sollte sich diese Differenz in nächster Zukunft nicht verbessern, so kann ich Ihnen schon heute versichern, dass die Korrektur allenfalls sehr schmerzhaft - für das Personal und für zukünftig notwendige Investitionen - sein wird. Dass das Parlament in der Vergangenheit nicht nur darauf verzichtete, der Exekutive auf die Finger zu schauen, sondern selber kräftig dazu beitrug, das Ausgabenwachstum zu beschleunigen, zeigt nur, wie weit sich die Legislative von ihrer Aufgabe entfremdet hat. Immerhin scheint die Einsicht zu überwiegen, dass es so nicht weitergehen kann.

Es wird an uns allen liegen, daran zu arbeiten, um aus dem Formtief herauszukommen. Es wird für uns eine grosse Herausforderung sein, die teilweise bedenklichen finanzpolitischen Kennzahlen wieder ins Lot zu bringen. Das zukünftige Motto für uns alle sollte heissen: *Bessere Leistungen zu tieferen Preisen - Verzicht auf unnötige Leistungen.*

Mit dem budgetierten Minus von Fr. 608'700.-- ist sicher ein Anfang gemacht, und damit kann auch meine Fraktion leben. Die detaillierten Zahlen haben wir von unserem GPK-Präsidenten gehört. Dazu gibt es von meiner Seite nichts hinzuzufügen. An dieser Stelle danke ich GrSR Alfred Zollinger für seine Arbeit. Danken möchte ich auch dem Personal der städtischen Verwaltung.

Die FDP/JFDP/CVP-Fraktion wird auf das Budget 2006 eintreten. Sollten sich jedoch während der Detailberatung Veränderungen ergeben, die das Budgetdefizit erhöhen, so werden einige Mitglieder dem Budget nicht zustimmen. "

Christian Meister (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung *

"Die SVP/JSVP/EDU-Fraktion ist einmal mehr enttäuscht über das Budget, wie es uns präsentiert wurde.

Nachdem unsere Fraktion bereits im vergangenen Jahr dem Stadtrat vorgeworfen hatte, dass er kein ausgeglichenes Budget präsentierte, und die JSVP daraufhin sogar das Referendum gegen das Budget ergriffen hatte, weil sie der Auffassung war, dass auch die Stadt ihre Sparbemühungen erhöhen müsse, versprachen wir den knapp 4000 Stimmbürgern und Stimmbürgerinnen der Stadt Schaffhausen, die das Budgetreferendum unterstützten – es waren immerhin 42%, die diese Auffassung teilten – nach der Abstimmung, dass wir uns im Rat dafür einsetzen werden, dass das Budget für das Jahr 2006 zumindest eine schwarze Null aufweisen wird.

Der Stadtrat hat aber zuerst wieder ein Budgetdefizit von über Fr. 1,6 Mio. budgetiert, welches, nicht zuletzt auch dank den Bemühungen und dem Druck der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission, denen ich an dieser Stelle danken möchte, weil sie eine sehr gute Arbeit geleistet haben, nochmals reduziert werden konnte.

Trotzdem sind wir noch nicht zufrieden. Es ist aus unserer Sicht beim Stadtrat einfach kein Spar-, respektive Reformwille festzustellen.

Die vor drei Jahren im Namen der bürgerlichen Fraktionen überwiesene Motion Wullschleger mit dem Titel "Gesunde und attraktive Finanzen" hatte unter anderem insbesondere gefordert, dass die Verwaltungskosten in der Grössenordnung von 10% zu reduzieren seien.

Diese Forderung wird von unseren Stadträten aber seither total ignoriert und insbesondere von Seiten unserer Finanzreferentin immer wieder mit dem Unwort der *Quadratur des Zirkels* verglichen, beziehungsweise abqualifiziert.

Vergleicht man die Rechnung 2002 mit dem Voranschlag des Budgets 2006, so sind die Verwaltungskosten um 7,5%, oder Fr. 15 Mio. höher als zum Zeitpunkt der Überweisung der Motion Wullschleger.

Die SVP/JSVP/EDU-Fraktion wird zwar auf das Budget 2006 eintreten. Eine grosse Mehrheit unserer Fraktion behält sich aber vor, dieses Budget am Schluss abzulehnen und zwar je nach Verlauf einzelner Forderungen und Streichungen bestimmter Budgetpositionen und Resultate eventueller Zusatzanträge. "

Theresia Derksen (CVP)

Votum *

"Es ist jedes Jahr das Gleiche. Die Rechnung fällt besser aus als das Budget, und der Stadtrat legt dem Parlament kein ausgeglichenes Budget vor, weil er wohl einerseits keine Sparmöglichkeiten aufzeigen will und andererseits Angst vor Begehrlichkeiten von verschiedener Seite hat.

Ich habe es schon einmal gesagt und sage das Gleiche auch heute noch einmal: Sparmöglichkeiten aufzuzeigen, gehört unserer Meinung nach zum Auftrag des Stadtrates und nicht des Parlamentes. In der Hand des Stadtrates liegt die Führungsaufgabe, und er muss die Verantwortlichen der verschiedenen Abteilungen auffordern, Vorschläge für ein ausgeglichenes Budget einzubringen. Nicht nur das: Eine weitere Zielvorgabe müsste der Schuldenabbau sein.

Es ist nicht von Belang, ob diese Vorschläge aus punktuellen Leistungskürzungen oder effizienzsteigernden Massnahmen bestehen. Welche Massnahmen politisch vertretbar sind, entscheidet das Parlament, aber die Vorschläge müssen vom Stadtrat kommen.

Wenn vom Stadtrat keine Vorschläge für eine gesunde Entwicklung der finanziellen Perspektiven kommen (siehe Vorlage des Stadtrates vom 13. September 2005), führt dies letztlich nur zu lähmenden politischen Diskussionen, aber nicht zu lösungsorientierten Ansätzen.

Es genügt nicht, festzustellen, dass der Stadtrat und die Verwaltung das Ziel haben, ihren Beitrag zu leisten, um den Finanzhaushalt noch besser wie bisher im Gleichgewicht zu halten. Wir haben mindestens bereits in der Vorlage *Perspektiven finanzielle Entwicklungen* konkrete Massnahmenvorschläge erwartet, über die hätte diskutiert werden können.

Es müsste den Stadtrat deshalb nicht erstaunen, dass ohne konkrete Sparvorschläge seitens des Stadtrates im Parlament Stimmen aufkommen, die pauschale Budgetkürzungen oder eine Steuerfusssenkung fordern.

Letzteres wäre für uns auch wünschbar. In der momentanen wirtschaftlichen Lage ist eine Steuerfusssenkung aber nicht unbedingt zu verantworten, weil wir, trotz positiver Zeichen in der Wirtschaft, keine Garantie für eine positive Entwicklung haben, insbesondere auch nicht in Bezug auf Arbeitsstellen und Beschäftigung.

Wir CVP-Frauen werden dem Budget mit dem ausgewiesenen Defizit, von dem man sagt, dass es im sogenannten Streubereich liege, trotzdem dieses Mal noch zustimmen. Bleibt uns wie immer die Zuversicht und Hoffnung, dass die Rechnung besser ausfällt als das Budget - was vielleicht auch Strategie und Absicht ist. "

SR Veronika Heller**Stellungnahme ***

"Ich danke dem Präsidenten der GPK, der ausführlich die Entwicklung seit dem Zeitpunkt, als der Stadtrat das Budget 06 mit seiner Botschaft vom 6. September 2005 verabschiedet hatte, darstellte. Ich werde daher auf einige Ausführungen, die ich mir notiert hatte, verzichten.

Alle Änderungen zusammen haben zu einer wesentlichen Verbesserung des Budgets 2006 geführt. Einen massgeblichen Beitrag dazu haben die höheren Steuereinnahmen geleistet. Ich habe mich heute nochmals erkundigt. Es gibt keine weiteren Änderungen.

Die Kennzahlen hinsichtlich Selbstfinanzierungsgrad sind etwas schlechter als im Budget 05, hingegen ist die Situation bei der Zinsbelastungs- und Bruttoinvestitionsquote besser als im Vorjahr, beziehungsweise im Budget für das laufende Jahr.

Weil die Bemerkung, man habe ein ausgeglichenes Budget verlangt und nicht bekommen, heute Abend bereits mehrmals gefallen ist, ergreife ich die Gelegenheit, Sie mit den finanzpolitischen Grundsätzen des Bundes und des Kantons bekannt zu machen.

Der Bund hat ein Glossar der Grundbegriffe der Finanzpolitik von A bis Z herausgegeben. Dazu ist unter „H“ wie „Haushaltsziel 2001“ Folgendes zu lesen:

Das Haushaltsziel 2001 in der Verfassung schreibt vor, dass der Haushalt bis 2001 ins Gleichgewicht gebracht werden muss. Das Defizit darf dazumal höchstens 2% der Einnahmen betragen. Bei einer Zielverfehlung legt der Bundesrat den zusätzlichen Sparbetrag fest, an den er und das Parlament gebunden sind.

Übertragen wir diesen Grundsatz auf die Stadt Schaffhausen, so beziffert sich das Defizit der Laufenden Rechnung von Fr. 608'000.-- auf 0,30% der Einnahmen von Fr. 200,493 Mio., beziehungsweise auf 0,30% des Aufwandes von Fr. 201,102 Mio. Die Rechenmaschine, die mir mein Vorgänger im Amt hinterlassen hat, hat sich geweigert, an zweiter Stelle hinter dem Komma differenzierend noch etwas anzugeben.

Schauen wir uns noch den Kommentar zur Verfassung des Kantons Schaffhausen an, der im Jahre 2004 vom Staatsschreiber, dem Vizepräsidenten des Obergerichtes und dem Rechtsberater des Baudepartementes herausgegeben worden ist. Dort ist zu Art. 97, Sicherstellung des Haushaltgleichgewichtes Folgendes zu lesen:

Ein Finanzhaushalt sei gesund, wenn er mittelfristig ausgeglichen sei. Das heisst, wenn der laufende Aufwand, inklusive der Abschreibungen der Investitionen, durch die laufenden Einnahmen gedeckt werde, und die Verschuldung nur durch über den Abschreibungen liegende Investitionen wachsen könne. In der Praxis habe sich in

den letzten Jahren durchgesetzt, dass ein Aufwandüberschuss in der Laufenden Rechnung von bis zu rund Fr. 4 Mio. noch als „ausgeglichener“ Staatsvoranschlag, beziehungsweise Staatsrechnung gelte.

Da darf ich Sie doch sicher daran erinnern, meine Damen und Herren, dass seit 1997 das Eigenkapital noch nie im Minus war, und in den Jahren mit definitivem negativem Ergebnis die Fehlbeträge über das, notabene winzige, Eigenkapitalkonto aufgefangen werden konnten.

Die 2%, die der Bund zuliesse, würden in der Stadt Schaffhausen rund Fr. 4 Mio. ausmachen. Das eine Prozent (1%), das der Kanton als zulässigen Spielraum erachtet, würde für das Budget der Stadt ein Defizit von Fr. 2 Mio. als „ausgeglichen“ betrachten. Damit ist auch klar, dass das Budget des Stadtrates vom September dieses Jahres die Kriterien sehr wohl erfüllte.

Ein Problem haben wir. Die Stadt kann rund Fr. 7 Mio. selber investieren, ohne sich zusätzlich zu verschulden. Wir würden aber, nur um alle sogenannt *normalen* Wünsche der Infrastrukturerhaltung zu erfüllen, nochmals rund Fr. 7 Mio. benötigen. Diese haben wir jedoch nicht.

Das ist die effektive *strukturelle* Schwäche der Stadt, die in den nächsten Jahren behoben werden muss, je schneller desto besser. Das Stichwort dazu lautet *Zentrumslasten*, oder es wird die eine oder andere Zentrumslast nicht mehr geben. Ob sich dafür allerdings eine Mehrheit finden lässt, möchte ich heute Abend offen lassen, weil auch für Sachen, auf die man verzichten möchte, Mehrheiten gefunden werden müssen.

Wie Sie bereits wissen, haben wir die vom Kanton für die Stadt vorgesehenen sogenannten 4 Goldmillionen noch nicht budgetiert. Es freute mich ganz besonders zu hören, dass es Mitglieder des Grossen Stadtrates gibt, die *hier* die finanzielle Situation der Stadt beklagen und in ihrer Funktion als *Kantonsrat*, zum Beispiel beim Gesetz zur Förderung des öffentlichen Verkehrs nicht mitmachen wollten - bis ich sie dazu aufgefordert habe - und jetzt auch der Meinung sind, der Kanton solle das Goldgeld nur für sich behalten. So können Sie sich wirklich nicht für die Interessen dieser Stadt einsetzen.

Erfreulich an diesem Budget ist jedoch auch, dass die Sozialhilfekosten, wenn auch auf einem hohen Niveau, mittlerweile stagnieren.

Was die Konjunktur anbetrifft, habe ich in den vergangenen Jahren, insbesondere im Zusammenhang mit dem Budget 2005, also demjenigen für das laufende Jahr, darauf hingewiesen, dass seit Jahren ein Konjunkturaufschwung angekündigt wird, der sich jeweils vor den Sommerferien abschwächt, gegen Herbst und Winter in sich zusammenfällt und gleich anschliessend wieder vom Konjunkturaufschwung die Rede sein kann.

Nach „oben“ ziehen die historisch tiefen Zinsen, die guten Gewinne der Unternehmen im Jahre 2004, die positiven wirtschaftlichen Entwicklungen in den USA und in Asien. Nach „unten“ ziehen jedoch die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit, welche die Konsumkonjunktur belastet, die schwachen Wirtschaftsleistungen der Nachbarländer, insbesondere in Deutschland, und schliesslich der Ölpreis.

Mittlerweile zeigen fast alle Konjunkturprognosen wieder nach oben. Auch die Gewerbetreibenden in der Stadt, die ich in den letzten Tagen nach dem Gang der Geschäfte gefragt habe, versichern mir, dass es dieses Jahr wesentlich besser „laufe“ als noch 2004.

Es schleckt jedoch keine Geiss weg: Wir haben schwierige Jahre hinter uns, noch schwierigere werden folgen und, dies mag ebenfalls ein Indikator sein, die Menschen in unserem Land haben im Moment vor nichts so Angst, wie vor dem Verlust der Arbeitsstelle.

Vielleicht zum Schluss nur noch ein kleiner Vergleich: Wie der sympathische SVP-Bundespräsident kürzlich bekannt gegeben hat, wird für die Fussball-EM soviel Geld ausgegeben, wie der Stadt für das ganze Jahr zur Verfügung steht, allerdings in lediglich 3 Wochen.

Zu den WoV-Abteilungen haben Sie die Ausführungen bereits gehört.

Was ich dieses Jahr festhalten möchte, ist, dass die Diskussionen in der der GPK sehr konstruktiv waren. Zum ersten Mal wurde tatsächlich über Inhalte, nicht nur über Zahlen diskutiert.

Am Schluss möchte ich dem GPK-Präsidenten - wie bereits erwähnt - danken. Nach dem Geplänkel um das Eintreten fand eine sachliche Diskussion statt. Die Beratungen in der GPK haben einige Verbesserungen gebracht (in der Investitionsrechnung). Ich erwarte jedoch von den GPK-Mitgliedern, dass sie hinter dem Budget 2006, das sie verabschiedet haben, auch stehen werden.

Danken möchte ich auch allen Mitarbeitenden sowie Bereichsleiterinnen und Bereichsleitern. Sie haben im ersten Jahr mit der neuen Organisation enorme Leistungen erbracht, sich an sehr viele Neuerungen und zusätzliche Belastungen gewöhnen müssen und alles klaglos erfüllt.

Es wird immer wieder bedauert, dass die Kommentare zuwenig aufschlussreich seien. Dafür habe ich Verständnis, weil das Problem mindestens 20 Jahre alt ist und bereits zu meiner Zeit als Ratsmitglied Diskussionspunkt war. Wir arbeiten daran und geben uns Mühe. Danken möchte ich auch der Ratssekretärin, welche die Protokolle in rekordverdächtigem Tempo geliefert hat.

Im Namen des Stadtrates stelle ich Ihnen gemäss Botschaft den Antrag, auf das Budget mit den Anträgen der GPK einzutreten und ihm zuzustimmen. Die in der Detailberatungen noch aufgeworfenen Fragen werden wir - soweit möglich - zu beantworten versuchen. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Votum

"Nachdem wir die sehr sorgfältigen Ausführungen vom GPK-Präsidenten und die Stellungnahmen der Fraktionen gehört haben, habe ich eigentlich erwartet - und dies wäre auch üblich - dass wir von Seiten der Finanzreferentin nicht nur beschönigende Erklärungen oder allenfalls rein technische Erklärungen zum heutigen Budget und - Budgetstand erhalten.

Finanzpolitik heisst nicht nur erklären, warum wir hier stehen und weshalb sich Ausgabe- und Einnahmeseiten so oder anders präsentieren. Es geht darum, dass gewisse Strategien erklärt und zukünftige finanzpolitische Absichten vorgestellt werden. Die Ausführung der Finanzreferentin entbehren all dieser Ansätze.

Es ist eine Tatsache, dass ein Budget mit einer Abweichung von 0,3% mehr als nur im Rahmen der zulässigen Spannweite liegt. Ich weiss aus eigener Erfahrung - das in meiner Mitverantwortung liegende Budget beziffert sich auf Fr. 135 Mio. - dass es mit den bestehenden Vorgaben nicht einfach ist, Einsparungen zu machen. Im Vergleich mit dem Kanton, der sich vor einigen Jahren ebenfalls in einer sehr schwierigen finanzpolitischen Situation befand, haben wir dort Perspektiven und Strategien unterbreitet erhalten, die jetzt erfolgreich umgesetzt wurden.

Es kann nicht sein, dass nur erklärt wird, warum etwas so ist und nicht anders sein kann. Oder dass allenfalls darauf hingewiesen wird, die Konjunktur werde in Zukunft besser sein. Ich erwarte vielmehr Ansätze für ein umfassendes finanzpolitisches Paket, das uns eine klare Perspektive in die Zukunft aufzeigt.

Wenn ich die heute gehörten Ausführungen mit der Vorlage des Stadtrates zur Motion Wullschleger vergleiche, muss ich gestehen, dass diese deckungsgleich sind. Es bestätigt mich ausserdem in meiner ersten Beurteilung, dass die Vorlage absolut unbefriedigend ist, und wir diese zurückweisen müssen. Ich bin ganz klar der Meinung, dass der Stadtrat seine Verantwortung jetzt übernehmen müsste.

Wenn wir schon davon sprechen, dass rund Fr. 4 Mio. noch im Rahmen dessen liegen, was finanzpolitisch vertretbar sei (so ist es auch in der Literatur und von den entsprechenden Stellen des Bundes kommuniziert), und wir umgekehrt nicht aufgeklärt werden darüber, wie man versucht, die Situation im Rahmen einer sorgfältigen Finanzplanung zu verbessern, müssten wir uns vielleicht heute Abend tatsächlich überlegen, ob wir nicht auch noch über eine Steuerfussenkung sprechen sollten, die mehr als nur in diesen Fr. 4 Mio. drinliegen würde. "

Christian Hablützel (SP)

Votum

"Es ist mir nicht möglich, diese Aussagen einfach im Raum stehen zu lassen. Wir müssen vor einer ordentlichen Budgetdebatte keine finanzstrategischen Ausführungen von uns geben. Die Finanzpolitik des Kantons ist eine pitoyable, und die Sanierung der Kantonskasse ist nur aufgrund des Goldregens des Bundes und der gegen unseren Widerstand getätigten Devestitionen und Verkäufe gelungen. Dahinter stehen keinerlei strategische Überlegungen. Ich bin mit der kantonalen Finanzpolitik überhaupt nicht einverstanden und möchte daher kein Kopieren dieser Praxis in der Stadt. Wir haben mehrere Jahre mit Steuersenkungen hinter uns, die Familien wurden entlastet, und wir sind trotzdem noch in der Lage, mit einem ausgeglichenen Budget in diese Debatte zu starten. Wir sollten den Tatsachen in die Augen sehen, auf das vorliegende Budget eintreten und ihm zustimmen. "

Peter Neukomm (SP)

Votum

"Es ist wie bei meinen Kindern: Man sagt tausendmal das Gleiche, und sie machen trotzdem immer das Gegenteil. Ich beziehe mich auf die Voten von Christian Meister (SVP), Walter Hotz (FDP) und Dr. Raphaël Rohner (FDP). Sie verkennen die

Aufgabe des Parlamentes, welches die Finanzhoheit hat. Ich sage es gerne immer wieder: Sie sind einfach hilflos in ihrer Rolle als Parlamentarier, wenn Sie immer die Verantwortung an die Exekutive abgeben und diese nicht selbst übernehmen wollen, weil Sie Angst vor ihren Wählerinnen und Wählern haben. Wir sollten endlich Tacheles in diesem Rat reden. Wenn Walter Hotz (FDP) von unnötigen Leistungen in dieser Stadt spricht, soll er diese klar benennen. Das Verweisen auf die Motion Wullschleger ist eine reine Hilflosigkeit. Viele Menschen im städtischen Dienst erbringen wertvolle Leistungen zugunsten unserer Bevölkerung, welche weder *gekürzt* noch *abgebaut* werden müssen, auch wenn es nur 10% sind. Die politische und rechtliche Verantwortung dafür liegt klar beim Parlament und nicht beim Stadtrat. Machen Sie doch einfach eine Motion.

Zur Praxis des Kantons möchte ich noch kurz ergänzen, was Christian Halblützel bereits gesagt hat. Raphaël Rohner, wenn wir die Werke verkauft hätten, wäre unsere Kasse auch voll. Bitte benennen Sie uns Ihre Strategien *inhaltlich* und hören Sie auf, sich immer auf diese Motion Wullschleger zu beziehen, welche gar keine Inhalte hat. Schenken Sie reinen Wein ein, und wir können endlich gemeinsam über Inhalte diskutieren. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Votum

"Walter Hotz hat es bereits erwähnt, wir werden auf das Budget - vorbehaltlich allfälliger Änderungen - eintreten. Zulässig ist jedoch, dass in einer Budgetdebatte nicht nur über Finanzstellen und Positionen diskutiert, Mehraufwand bewilligt oder höhere Erträge eingesetzt werden, sondern dass wir uns - im Rahmen eben dieser parlamentarischen Finanzhoheit zusammen mit dem Stadtrat, der für die operative Umsetzung verantwortlich ist - auch detaillierte Gedanken zur zukünftigen Strategie machen, und zwar nicht nur für das nächste Jahr, sondern damit unsere Stadt auch mittelfristig konkurrenzfähig bleibt und weiterhin einen guten Service Public anbieten kann.

Trotzdem ist zu erwarten, dass ein Finanzreferat, welches vom Namen her für die finanzpolitisch operative Ausrichtung zuständig ist, aufgrund einer klar formulierten Motion, die sehr wohl in ihren Aufträgen konkret ist, entsprechende Vorschläge unterbreitet. Es zeigt uns, dass die Konzeptionslosigkeit in der Beantwortung dieser Motion und das Abschieben der Verantwortung an den Grossen Stadtrat auch heute Abend erneut Grundlage der Argumentation war. Dort Kritik anzuführen, wo es unserer Meinung nach sachlich begründet ist, werden wir uns auch in Zukunft erlauben. "

Stadtpräsident Marcel Wenger

Stellungnahme

"Erlauben Sie mir eine kurze Stellungnahme zu dem an den Stadtrat gerichteten Vorwurf. Ich möchte Ihnen sagen, dass der Stadtrat sehr wohl Anstrengungen zur Kostenreduktion getroffen und Ihnen diese in der Vergangenheit auch vorgelegt hat, wie zum Beispiel die Personalkostenreduktion und andere, die in diesem Parlament nicht mehrheitsfähig waren.

Veränderungen zugunsten einer langfristigen Finanzstrategie dieser Stadt müssen *gemeinsam* erarbeitet werden. Der Stadtrat hat mit der Führungsstrukturreform einen massiven Umbau in der mittleren Führungsetage auf sechs Bereiche vorgenommen,

was sich mittelfristig positiv auswirken wird. Mit verschiedenen Aufgabenteilungsvorschlägen innerhalb von "sh.auf" sind Ansätze vorhanden, wo die Stadt rund Fr. 7 bis 9 Mio. reduzieren könnte. Ich gebe der Finanzreferentin sehr wohl Recht, dass diese Stadt ihre historisch getragenen Zentrumslasten in den nächsten Jahren substantiell reduzieren muss. Die Werke hätten in Form einer AG sehr wohl ein Agio an die Stadt zurückzahlen können. Der politische Entscheid des Soveräns setzte allerdings andere Prioritäten, die wir erfüllt haben. Wir müssen *gemeinsam* politisch tragfähige Mehrheiten in Stadtrat und Grosse Stadtrat erarbeiten. "

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.
EINTRETEN ist somit beschlossen.

Rolf Amstad (SP) *

„Wir kommen nun zur Detailberatung. Wenn Sie zu einer Position etwas sagen möchten, erwähnen Sie bitte laut und deutlich die Seitenzahl, das Konto sowie die entsprechende Positionsnummer. Wir beginnen zuerst mit dem *Leistungsauftrag/Globalbudget der vier WoV-Abteilungen* Altersheim Steig, Stadtarchiv, Stadtgärtnerei/Friedhofverwaltung und Steuerverwaltung. Ich bitte den 1. Vizepräsidenten, das Globalbudget *seitenweise* zu verlesen. „

Leistungsauftrag/Globalbudget 2006 der vier WoV-Abteilungen

Seiten	7 - 19	Altersheim Steig	Keine Wortmeldungen
mit der von der GPK korrigierten Seite 16, Leistungsziele 2-4			

Seiten	21 - 31	Stadtarchiv	Keine Wortmeldungen
Seiten	32 - 41	Stadtgärtnerei/Friedhöfe	Keine Wortmeldungen
Seiten	43 - 55	Steuerverwaltung	Keine Wortmeldungen

Rolf Amstad (SP):

„Dann kommen wir jetzt zum *gelben Ordner mit dem Voranschlag 2006 der Einwohnergemeinde Schaffhausen*. Wie Sie dem Hinweisblatt vom Büro entnehmen können, beginnen wir auf Seite 13, III. Laufende Rechnung. „

Voranschlag 2006 Einwohnergemeinde Schaffhausen (gelber Ordner)

III. Laufende Rechnung ab Seiten 13 bis 99

Walter Hotz (FDP): **Zu Seite 14**

0120.301.001 Besoldung Grossstadtratssekretärin

Der Votant stellt keinen Antrag, möchte jedoch das Plenum daran erinnern, dass er vor einem Jahr in seinem Schlusswort als Präsident schon für eine Erhöhung des Pensums auf 60% plädiert hatte.

Das Arbeitspensum des Sekretariats wurde 1993 mit 30% beziffert. Max Hess stellte in seinem damaligen Schreiben an den Grossen Stadtrat in Aussicht, dass gewisse Arbeiten durch die Stadtkanzlei übernommen würden. Die heute zur Genehmigung vorliegende Pensenerhöhung auf 60% müsste zur Rücknahme dieser Arbeiten führen, um in Zukunft eine totale Unabhängigkeit des Ratssekretariates von der

Stadtverwaltung zu bewerkstelligen und die Stadtkanzlei (Stadtratsweibel) zu entlasten. Dies sei seine Empfehlung an das neue Ratsbüro für das Jahr 2006.

Esther Bänziger (SP) bittet darum, die Benennung "Grossstadtratssekretär" entsprechend der heutigen Stelleninhaberin anzupassen.

Andres Bächtold (SP): Zu Seite 22

0280.301.011 Korrekturfaktor Personalaufwendungen

Der Votant stellt keinen Antrag. In dieser neuen Pauschalposition wird erstmals bereits im Budget der Personalaufwand auf den in der Rechnung zu erwartenden Betrag reduziert und der Votant warnt das Plenum, angesichts des nun fast ausgeglichenen Budgets im Laufe der Debatte überrissene Begehrlichkeiten nach Mehraufwendungen oder Mindereinnahmen aufkommen zu lassen.

Martin Egger (FDP) *: Zu Seite 23

0290.318.221 Gesamtverkehrskonzept der Stadt Schaffhausen

Der Votant bezieht sich auf die im Kommentar erwähnten Fr. 100'000.-- für externe Planungsbegleitung des städtischen Gesamtverkehrskonzeptes Phase II b und Fr. 60'000.-- Anteil Stadt Schaffhausen an Linienüberprüfung VBSH. Beide Vorhaben stehen im Zusammenhang mit dem Modellvorhaben Agglomeration SH plus.

"Ich stelle folgenden *Antrag: Streichung von Fr. 100'000.--* für externe Planungsbegleitung des städtischen Gesamtverkehrskonzept und Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt.

Begründung:

Die ausführliche Begründung über die Ziele und das Vorhaben des Gesamtverkehrsprojektes für die Stadt Schaffhausen ist in der Beantwortung meiner Kleinen Anfrage nachzulesen. In Phase I geht es neben der Darstellung des aktuellen Verkehrszustandes (Problemanalyse) um die Ermittlung der Verkehrssituation für das Jahr 2020. Dazu werden die Trendvorgaben gemäss Bundesamt für Statistik sowie die Zielsetzungen des Regierungsrates verwendet. Als Oberziel wurde eine koordinierte Verkehrspolitik und -planung mit sich optimal ergänzenden Gesamtverkehrssystemen genannt. Wie im Kommentar zum Voranschlag 2006 zu lesen ist, stehen die beiden genannten Vorhaben (Gesamtverkehrsprojekt und Linienüberprüfung) im Zusammenhang mit dem Modellvorhaben Agglomeration SH plus.

Nachdem nun unter Federführung des Bundes das Agglomerationsprojekt vorangetrieben wird, der Kanton an verschiedenen Varianten arbeitet, wie künftig das zu erwartende Verkehrsaufkommen sinnvoll um/durch/unter oder über den Kanton Schaffhausen geführt werden kann, aber im Wesentlichen von der Stadt Schaffhausen ferngehalten werden soll, ist es für mich verfrüht, mit der Detailplanung eines Gesamtverkehrskonzeptes Phase II b für die Stadt Schaffhausen zu beginnen. Aus diesem Grund stelle ich den Antrag um Kürzung des Betrages, wie bereits erwähnt, von Fr. 100'000.--. Der Betrag von Fr. 60'000.--, Anteil Stadt Schaffhausen an Linienüberprüfung VBSH, soll nicht angetastet werden. "

SR Veronika Heller**Stellungnahme ***

"Über dieses Thema wurde schon verschiedentlich diskutiert. Generelle Zielsetzung des Gesamtverkehrskonzeptes ist auch ein längerfristig funktionierendes Verkehrsnetz *aller* Verkehrsträger. Die einzelnen Verkehrsträger sollen bewusst nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern sich optimal ergänzen. Es geht ganz klar nicht um ein Abwürgen des MIV.

Beachtung der Wechselwirkungen Siedlung und Verkehr: Im Rahmen der Revision von Bauordnung und Zonenplan wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass für die Stadt Schaffhausen ein Bevölkerungswachstum angestrebt wird. Zusätzliche Bewohner bringen aber unweigerlich zusätzlichen Verkehr. Im GVK sollen Strategien entworfen werden, wie der Verkehrszuwachs minimiert werden kann, beziehungsweise auf eine umwelt- und sozialverträgliche Weise abgewickelt werden kann, zum Beispiel durch eine sinnvolle ÖV-Erschliessung. Ziel ist die Erhaltung und Verbesserung der hohen Wohnqualität in der Stadt, trotz zusätzlichen Einwohnern.

Das GVK ist im Zusammenhang mit den laufenden Arbeiten auf kantonaler Ebene zu einem Agglomerationsprogramm Siedlung und Verkehr zu betrachten. Mit dem GVK löst die Stadt ihre Hausaufgaben. Sie kann ihre Projekte (zum Beispiel Massnahmen an der Rheinuferstrasse) mit entsprechenden Fakten untermauern und darauf verweisen, dass mit dem GVK ein Gesamtkonzept besteht.

Weiter können mit dem GVK Vorabklärungen für Projekte getroffen werden, die später allenfalls im Rahmen der Förderung des Agglomerationsverkehrs vom Bund mitfinanziert werden. Die Stadt kann sich im Hinblick auf die Diskussionen über die Kapazitätserhöhung auf der Nord-Süd-Achse eine schlagkräftige eigene Position aufbauen. Wenn heute nicht gehandelt wird, ist der Zug unweigerlich abgefahren und über das Aggloprogramm und die Verkehrsplanung des Kantons werden der Stadt Projekte aufdiktiert, ohne dass die Stadt angemessen selbst mitgestalten könnte. Es ist also weit vorausschauend, wenn die Stadt *rechtzeitig* reagiert.

Fazit: Mit dem GVK wird die Stadt selbst aktiv und sagt, wie sie den Verkehr auf Stadtgebiet in Zukunft abwickeln möchte. Ansonsten wird der Verkehr zunehmen, ohne dass griffige Gegenmassnahmen vorbereitet sind. Dann müssen wir wieder die Feuerwehr spielen, weil der öffentliche Druck nach Massnahmen zunehmen wird. Seien Sie sich bewusst: Die Verkehrsauswirkungen haben eine enorme Auswirkung auf die Wohnqualität und beschäftigen die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt. Das haben nicht zuletzt die Diskussionen im Rahmen der Zukunftswerkstatt Breite gezeigt, wo der Verkehr ein sehr wichtiges Thema war. Aus diesen Gründen bitte ich Sie wirklich dringend, diesem Streichungsantrag nicht stattzugeben, sondern ihn so zu belassen, wie er vom Stadtrat budgetiert ist und zur Genehmigung vorliegt."

Martin Egger (FDP)**Votum**

Hält an seinem Antrag fest, da es aus seiner Warte sinnvoller erscheint, wenn die Grobplanung auf Ebene Stadt erst nach Vorliegen der Massnahmenkonzepte seitens des Bundes und des Kantons erfolgt.

Edgar Zehnder (SVP)**Votum**

Bittet das Plenum darum, nicht auf den Antrag aus bürgerlicher Seite einzugehen.

Thomas Hauser (FDP)**Votum**

Bezieht sich auf das Beispiel der N4. Das städtische Verkehrskonzept habe schon damals nur viel Geld verschlungen und absolut nichts gebracht, weil letztlich vom Bund alles anders diktiert worden sei. Dies finde im vorliegenden Fall auch statt und daher bittet der Votant das Plenum, dem von M. Egger gestellten Antrag zuzustimmen. Das Beispiel Galgenbuck zeige, dass trotz enormer Planungsanstrengungen ein "Salat" entstehe.

Alfred Zollinger (SVP)**Votum**

Führt aus, dass eine Verfolgung des Konzeptes Phase II auf der gleichen Basis wie Phase I absolut keinen Sinn ergebe, sondern sämtliche *relevanten* Beteiligten in die Erarbeitung eines Gesamtverkehrskonzeptes der Stadt Schaffhausen miteinbezogen werden müssen.

SR Veronika Heller und SR Peter Käppler**Stellungnahme**

Erläutern ergänzend, dass Phase I des städtischen Gesamtverkehrskonzeptes eine verwaltungsinterne Problemanalyse darstelle und Phase II eine breite Abstützung und einen breiten Einbezug verschiedener Akteure beinhalte.

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Martin Egger (FDP) gestellten Antrag mit 30 : 11 Stimmen ab.

Der **Ratspräsident** schliesst den ersten Teil der Sitzung um 18.00 Uhr und nimmt die **Detailberatung** nach einer Stunde Pause um 19.00 Uhr erneut auf.

Iren Eichenberger (OeBS): Zu Seite 35, allgemein, 2161 SHPL

Erkundigt sich nach der Entwicklung des Sozialjahres nach der Überführung ins BBZ.

SR Urs Hunziker**Stellungnahme**

Erläutert, dass das Sozialjahr an den Kanton (BBZ) abgegeben wurde. Es werden Synergien zu bereits bestehenden Angeboten genutzt. Im Rahmen des neuen Berufsbildungskonzeptes ist es möglich, dass der Kanton die Finanzierung als Brückenangebot durch Bundessubventionen speisen lässt.

Martin Egger (FDP) *:**Zu Seite 46****3095.365.105 Beitrag an Hallen für Neue Kunst**

"Keine Angst, ich stelle keinen Streichungsantrag. Doch ich sehe mich angesichts der neuerlichen Schlagzeilen um die Hallen sowie der zahlreichen Reaktionen, die bei mir eingegangen sind, verpflichtet, mich zur genannten Position zu äussern.

Die Motion Leistungsvereinbarung Hallen für Neue Kunst steht seit einiger Zeit auf der Traktandenliste. Dabei geht es vor allem um die Schaffung von Transparenz in Bezug auf erbrachte Leistungen und die Einhaltung der finanzrechtlichen Kompetenzen.

Gemäss Rechnung 2003 und 2004 und gemäss Auskunft im Jahr 2005 wurden zu den auf dem Budgetweg bewilligten Fr. 60'000.-- jeweils Fr. 50'000.-- gemäss stadträtlicher Kompetenz den Hallen für Neue Kunst ausbezahlt. Ich gehe davon aus, dass auch im Jahr 2006 Fr. 50'000.-- per Nachtragskredit den Hallen ausbezahlt

werden. Bei solch regelmässig eintreffenden Beiträgen kann schon bald von einem zu erwartenden Anspruch oder einem Gewohnheitsrecht gesprochen werden.

Gemäss Auskunft der GPK fand in der vergangenen Woche ein Gespräch mit den Betreibern der Hallen statt. Es wurde vereinbart, dass weitere Gespräche im Januar 2006 stattfinden. In der Hoffnung, eine baldige Lösung zu finden, verzichte ich auf einen Antrag, die Auszahlung des Beitrages von Fr. 60'000.-- an den Abschluss einer Leistungsvereinbarung zu verknüpfen. Ich weise aber schon heute daraufhin, dass ich mich - sofern bis zur nächsten Budgetdebatte keine Leistungsvereinbarung unterschrieben wurde - gegen eine weitere Unterstützung stellen werde. Vor allem berufe ich mich auf Art. 10 der Stadtverfassung, wonach Beträge über Fr. 60'000.-- vom Volk abgeseget werden müssen. "

Stadtpräsident Marcel Wenger

Stellungnahme

"Es ist in der Tat so, dass der Stadtrat in den vergangenen 3 Jahren nicht geholfen hat, die Sanierungssituation in der Stiftung zu bereinigen, die mittlerweile jedoch bereinigt ist. Ich kann die Befürchtungen von M. Egger sehr gut verstehen. Es ist schwierig, einen so grossen Kulturbetrieb mit den in Aussicht gestellten jährlichen Fr. 60'000.-- ohne weitere Beiträge zu führen. Aber der Stadtrat ist entschlossen, dass dies auch weiterhin so bleiben soll. Die Leistung der Stadt ist definiert. Massive Investitionen wurden seitens der Stadt - wir werden dies anlässlich der Diskussion über die Motion von M. Egger aufzeigen - in die zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten getätigt, und es sind ebenso weitere zusätzliche Beiträge gesprochen worden.

Es ist wichtig, dass für diese national und international bedeutende Ausstellung neben der Stadt andere Kulturträger ins Spiel kommen. Wir haben allergrosstes Interesse daran, dass, mit einem Leistungsvertrag verbunden, höhere kantonale Leistungen wie bisher und auch vom Bund aufgrund der bedeutenden internationalen Ausstrahlung finanzielle Mittel fließen werden. Es kann nicht allein Sache der Stadt mit 34'000 Einwohnerinnen und Einwohnern sein, diese international beachtete Ausstellung praktisch im Alleingang zu finanzieren. Weitere Gespräche zur Lösungsfindung werden bereits diese Woche stattfinden. Ich hoffe, dass es gelingt, eine Lösung im Sinne des von M. Egger skizzierten Modus zu finden. "

Martin Roost (OeBS, parteilos) *:

Zu Seite 51

3480 Beiträge im Sportbereich

"In den letzten Tagen habe ich mich, wie viele wissen, intensiv mit der Aranea-Geschichte auseinandergesetzt. In zahlreichen Telefonaten und Sitzungen habe ich mich mit dem Thema beschäftigt.

Als Vater von drei Kindern, die regelmässig das Aranea besuchen, möchte ich Ihnen daher aus eigener Erfahrung den Nutzen für diese Stadt aufzeigen, wenn diese Institution für die Zukunft in Schaffhausen weiterexistieren kann.

Das Kletterzentrum Aranea funktioniert seit 10 Jahren als selbstständiger und selbsttragender Betrieb. Nach dem ganzen Hickhack um die Stahlgiesserei im Mühlental, musste das Aranea innerhalb kurzer Zeit grosse Mittel auftreiben, um an einem Ersatzstandort den Betrieb in unserer Stadt aufrechterhalten zu können.

Das Aranea hat in den letzten 10 Jahren hervorragende Arbeit geleistet. Seit Jahren

besuchen im Durchschnitt über 300 Schulklassen das Kletterzentrum. Das sind geschätzte 4000 Schüler aus der Region Schaffhausen, die von der Infrastruktur, dem Wissen und der Ausrüstung des Aranea und dessen Verantwortlichen profitierten.

Das Aranea bietet - ohne bis jetzt eine Gegenleistung erhalten zu haben - eine Preisreduktion von durchschnittlich rund 15 Franken pro Schüler an. Das ergibt etwa Fr. 60'000.--, welche die Schulen jährlich als vergünstigten Eintritt gespart haben. Ich denke, dieser Sachverhalt, und das haben mir viele Parlamentarier bestätigt, rechtfertigt die Möglichkeit einer Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt und dem Aranea. Ich werde daher am Schluss meiner Ausführungen einen entsprechenden Antrag stellen. Denk- und wünschbar wäre es auch, wenn der Kanton in analoger Art und Weise einen Leistungsvertrag mit dem Aranea vereinbaren könnte.

Jetzt und heute geht es für die Stadt Schaffhausen um die Zukunft einer sinnvollen, auf körperliche und mentale Stärkung ausgerichteten Sportart und um deren Trainingszentrum. Ich denke, die Betreiber haben es mehr als verdient, wenn wir heute in diesem Parlament, ähnlich wie damals bei der Sporthalle Schweizersbild, zukunftsorientiert entscheiden. Es geht darum, dass die Stadt Schaffhausen als erfolgreicher Wirtschafts- und Wohnstandort unter anderem attraktive Freizeitangebote anbieten kann. Eine Investition ins Aranea ist vor allem auch eine Investition zu Gunsten unserer Kinder und Jugendlichen. Klettern entspricht nämlich einem Grundbedürfnis des jungen Menschen. Denken wir einfach an die vielen Tausend Schülerinnen und Schüler, die daran den Plausch haben und einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung nachgehen. Klettern ist ganzheitlich und fördert koordinative, wie auch soziale Fähigkeiten. Es zeigt den jungen Leuten bildlich, dass ein Aufstieg meistens auch mit Mühe verbunden ist und nur mit seriöser Arbeit und Geschick sicher erreicht werden kann. Aber auch, dass man bei einem gesellschaftlichen Aufstieg immer freundlich zu den Überholten sein sollte, man begegnet ihnen nämlich beim Abstieg wieder.

Anschliessend einige Fakten:

- Besucherzahlen des Aranea liegen jährlich bei ca. 25'000 Personen
- 60 Kinder trainieren wöchentlich im Kinderklettern
- Regelmässige Besuche der Heilpädagogische Schule Granatenbaumgut
- Erlebnispädagogische Anlässe mit schwer erziehbaren oder gewalttätigen Jugendlichen
- Klettern beim Ferienspass Schaffhausen und Snack/Ferienspass Stein am Rhein (immer ausgebucht)
- Wöchentliches Training des Schweizerischen Alpenklubs

Aus diesem Grund möchte ich folgenden *Antrag* stellen: Die Stadt gewährt der Genossenschaft Aranea+ einen jährlich wiederkehrenden Betrag von Fr. 25'000.--, gebunden an die Bedingung einer Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt und der Genossenschaft Aranea+. Die Schulen haben in den letzten 10 Jahren durch massive Eintrittsreduktionen profitiert. Ich bitte Sie, diesen Leistungsbetrag zu unterstützen. "

Christian Hablützel (SP)

Votum

Vertritt die Meinung, dass dieser Antrag nicht im Rahmen einer Budgetdebatte sondern auf dem regulären parlamentarischen Weg gestellt werden sollte, um

allenfalls in die nächste Budgetdebatte aufgenommen zu werden und dass heute das "Fuder" mit diesem neuen Antrag nicht überladen werden sollte.

SR Peter Kämpfer

Stellungnahme

Bittet das Plenum ebenfalls darum, nichts zu überstürzen und den vom GPK-Präsidenten angekündigten Lösungsvorschlag abzuwarten, der anlässlich der Diskussion der Investitionsrechnung präsentiert wird. Des Weiteren ist die geplante Vorgehensweise in Projekten von nicht nur kommunaler Bedeutung ein 50:50 Schlüssel zwischen Stadt und Kanton. Die Festsetzung eines Betrages, gebunden an eine Leistungsvereinbarung, erscheine zum aktuellen Zeitpunkt überstürzt und bedürfe detaillierter Abklärungen. In der heutigen Debatte geht es hauptsächlich darum, den Umzug zu ermöglichen.

Edgar Mittler (FDP) schliesst sich dem Votum von seinen beiden Vorrednern an.

Bernard Egli (OeBS)

Votum

Informiert, dass seine Fraktion den Antrag allenfalls zurückziehen und im Jahr 2006 einen entsprechenden Vorstoss im Sinne des gestellten Antrages präsentieren werde. Der heute gestellte Antrag stelle eine gewisse "Vorabinformation" dar, um zu verhindern, dass der Vorstoss allenfalls als "in die Budgetdebatte gehörend" taxiert werden könnte.

Urs Tanner (SP)

Votum

Begrüssst dieses Vorgehen und stellt bereits heute die Zustimmung der SP/AL-Fraktion in Aussicht.

Christian Meister (SVP)

Votum

Gibt zu bedenken, dass sich an der tatsächlichen Situation auch nächstes Jahr nichts verändern werde. Im vorliegenden Fall handle es sich um eine finanzielle Unterstützung einer privatwirtschaftlichen Organisation.

Martin Roost (OeBS, parteilos) zieht seinen Antrag zurück.

Alfred Zollinger (SVP)

Votum

Äussert sich positiv über den Rückzug des Antrages und bezieht sich auf die durch die vorgeschlagene Praxis entstehende Präjudiz für allerlei Vereine und Organisationen privatwirtschaftlichen Hintergrundes.

Erwin Sutter (EDU)

Zu Seiten 70/71

5830/5840/5860/5870/5880

Allgemeiner Kommentar

Der Votant stellt fest, dass die im Budget 06 aufgeführten Zahlen auf einer Hochrechnung der Zahlen von Januar bis Mai 2005 basieren. Dem Votanten erscheint dies eine sehr schmale Datenbasis, und er stellt die Zuverlässigkeit der Prognose in Frage.

SR Thomas Feurer

Stellungnahme

"Anderthalb Jahre vor der "Wahrheit" wird das Budgetzahlenmaterial im Rat präsentiert. Es ist sehr schwierig, verlässliche Angaben für eine Prognose machen zu

können, weil eine sehr direkte Abhängigkeit von der gesamt- und lokalwirtschaftlichen Entwicklung besteht.

Wir haben die Ausgaben im Sozialbereich - im Gegensatz zu den meisten Städten in der Schweiz - relativ gut im Griff. Wie ich bereits in der GPK informiert habe, stehen andererseits bei den Einnahmepositionen (Rückerstattungen des Sozialversicherungsamtes, IV-Entscheide) massive Einbussen aufgrund des Paradigmenwechsels bei der IV ins Haus und die Kosten verschieben sich immer mehr auf die Kommunen. Die Besoldungsposition bei 5890 *Soziales* umfasst aufgrund der Reorganisation heute verschiedene Ämter, die früher separat ausgewiesen wurden. Bei den Asylausgaben verzeichnen wir tiefere Einnahmen, weil die Anzahl Asylbewerber gesunken ist. Ebenso ist die neu beschlossene Schulsozialarbeit aufgenommen worden.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir mit Fr. 11 Mio. rund 150'000 Buchungen für ungefähr 1'500-1'600 Leute pro Jahr managen. Unter dem Titel *Soziale Wohlfahrt* sind es nicht nur die Anzahl Sozialhilfefälle, die Sorgen bereiten, sondern vor allem die Kostensteigerungen in EL, AHV und IV, die markanter festzustellen sind. "

**Dr. Raphaël Rohner (FDP) * : Zu Seite 74
5896 Quartierprojekte**

"Wir stellen hier eine Steigerung des Nettoaufwandes von über Fr. 100'000.-- gegenüber dem Budget 2005 fest. Die Quartierprojekte haben sicherlich einen nicht zu unterschätzenden Stellenwert im Rahmen der Bemühungen der Stadt, in den sogenannten kritischen Quartieren mit schwierigen sozialen Verhältnissen vor Ort für eine Verbesserung der Situation zu sorgen.

Es stellt sich aber die Frage, ob sich nach Beurteilung des Sozialreferenten die mittelfristige Weiterentwicklung dieser Projekte und der damit in Zusammenhang stehenden Ausgaben beurteilen lässt. Kann auch erwartet werden, dass diese Finanzstelle, nach erfolgreichem Engagement in den diesbezüglichen Quartieren - auf der Ausgabenseite eine Reduktion erfährt oder ist mit einer kontinuierlichen Steigerung der Kosten zu rechnen?"

SR Thomas Feurer

Stellungnahme

"Es ist tatsächlich so, dass wir seit dem vergangenen Jahr gesteigerte Ausgaben verzeichnen. Das Quartierprojekt Birch ist sehr erfolgreich umgesetzt worden, es steht eine Infrastruktur zur Verfügung, die heute autonom betrieben wird. Das Birch präsentiert sich heute in einem ganz anderen Zustand, was zum Beispiel von Lehrerinnen und Lehrern, aber auch von Mitarbeitenden der VBSH bestätigt wird. Der Birchtreff wird unter Mithilfe praktisch aller Ethnien betrieben. Eine sozial verbesserte *Integration* hat mehreren Mitarbeitenden des Kinderhütendienstes Birch zu einer festen Anstellung verholfen. Sogar der Wirt des Birch hat freiwillig angeboten, für den ganzen Treff und die Nachbarschaft einen Neujahrsapéro zu offerieren. Hier wächst gegenseitiges Verständnis, das diese Investitionen auf jeden Fall lohnend macht und vor einiger Zeit unvorstellbar gewesen wäre.

Es wird versucht, die aus den verschiedenen Quartieren *selbst* an das Sozialreferat adressierten Hilferufe nach Quartierarbeit möglichst kostengünstig zu erfüllen. Zu den Kosten ist zu sagen, dass zwischen 45% bis 55% der Gesamtaufwendungen von Dritten, beziehungsweise vom Bund finanziert werden können. Monika Wirz,

welche diese Projekte leitet, ist im Prinzip eine "Geldbeschaffungsmaschine" und leistet wertvolle Arbeit .

Zur Zeit sind wir an der Hochstrasse präsent und haben auch in Herblingen gewisse Weichen bereits gestellt. In Herblingen haben wir es soweit gebracht, dass erneut Hausabwarte installiert wurden. Diese Arbeit direkt vor Ort und bei den Betroffenen ist immer noch die beste Investition, weil das Verhalten verändert wird. "

Martin Egger (FDP)* :

Zu Seite 85

7880 Bau- und Feuerpolizei

301.000 Besoldungen, 303.000 Sozialleistungen

"In den letzten Tagen ist der Brandschutz in den Schlagzeilen gewesen. Der Kanton Schaffhausen hat nachweislich die strengsten Gesetze und die höchsten Aufwendungen in diesem Bereich. Wie mir bekannt wurde, ist im Februar 06 eine Expertenrunde geplant, um Optimierungsmöglichkeiten zu überprüfen und durchzusetzen. Ich hoffe, dass auch Beschlüsse gefällt werden, die auf kommunaler Ebene ermöglichen, dass der Vollzug kostengünstiger und mit den zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen durchführbar wird. Vor diesem Hintergrund stelle ich *Antrag auf Kürzung der Konti 301.000/303.000 um einen angemessenen Betrag* und dass die Vakanz erst nach Bekanntgabe der Resultate der erwähnten Expertenrunde besetzt wird. "

SR Peter Kämpfer

Stellungnahme

Informiert, dass seit der per 01.01.05 in Kraft getretenen Luftreinhalteverordnung die Bestimmungen verschärft wurden und nach Bericht und Antrag an den Stadtrat die Stelle per 01.11.05 wieder besetzt wurde. Der Stelleninhaber ist für die Feuerpolizei und die Feuerungskontrolle tätig, um die von der kantonalen Feuerpolizei per April 05 schriftlich angemahnten Pendenzen zu erledigen. Die Kantonale Feuerpolizei hat die Aufgabe einer Aufsichtsbehörde und erlässt Vorschriften, während die kommunale Feuerpolizei für den Vollzug zuständig ist.

Martin Egger (FDP)

Votum

Zeigt sich über die Neubesetzung dieser Stelle "im vorausseilenden Gehorsam" überrascht und stellt fest, dass ein Festhalten an seinem Antrag wohl kaum Sinn ergebe.

Thomas Hauser (FDP)

Votum

Ist ebenso überrascht von dieser Neubesetzung wie sein Vorredner, weil vor 2 Jahren - nach der Wahl von Herbert Distel zum Feuerwehrkommandanten - ganz klar zum Ausdruck gebracht wurde, dass eine Neubesetzung dieser Stelle durch eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem Kanton nicht nötig sei. Der Votant kritisiert die Eigendynamik der Feuerpolizei durch deren zahlreiche Anweisungen, wie zum Beispiel, dass die Garderoben in den Schulhäusern nicht mehr in den Gängen sein dürfen und in der ARA Röti sämtliche Türen ausgewechselt werden müssen, weil das Zertifikat für T30-Türen fehlt. Der Votant fühlt sich "hinters Licht geführt", weil vor 2 Jahren eine Neubesetzung als nicht nötig erachtet wurde und möchte daher unbedingt am von M. Egger gestellten Antrag festhalten.

Bernhard Egli (OeBS)

Votum

Hat gewisse Sympathien für die kritischen Bemerkungen seines Vorredners, gibt jedoch zu bedenken, dass es sich hier um ein gesetzliches Problem handelt und

schlägt vor, eine Gesetzesrevision und Überarbeitung der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden anzustreben. Der Votant vertritt die Meinung, dass der gestellte Antrag nicht der richtige Weg sei, zumal die Kommune verpflichtet ist, gesetzliche Vorgaben umzusetzen.

Stadtpräsident Marcel Wenger

Stellungnahme

Weist daraufhin, dass die Brandschutzverordnung des Kantons Schaffhausen revidiert werden müsste, da viele Bestimmungen und deren Vollzug dort verankert sind. Eine allfällige Revision kann nur durch den Kantonsrat erfolgen. Viele Betriebsfeuerwehren seien mit den verlangten Pikettvorgaben überfordert und zahlreiche Gemeindefeuerwehren kämpfen mit den finanziell aufwändigen Materialvorgaben. Es herrsche eine kantonale Überreglementierung, die dringend korrigiert werden sollte.

Werner Schöni (SVP)

Votum

Unterstützt das Votum von B. Egli und stellt fest, dass es wohl kaum möglich ist, sich gegen den Vollzug gesetzlicher Vorgaben zur Wehr zu setzen. Der Votant bittet jedoch darum, dafür besorgt zu sein, dass die Umsetzung der verlangten Bestimmungen unter Anwendung eines gesunden Menschenverstandes stattfinden sollte.

Martin Egger (FDP)

Votum

Hält an seinem Antrag fest.

Christian Meister (SVP)

Votum

Wird den von M. Egger gestellten Antrag nicht unterstützen und hält fest, dass der Nettoaufwand gegenüber Budget und Vorjahr genau gleich ist, und nur die Gebühren wesentlich höher sind. Kantonale Verordnungen müssen auf kantonaler Ebene revidiert und überprüft werden.

Peter Neukomm (SP)

Votum

Wird den gestellten Antrag ebenfalls nicht unterstützen, da es sich hier ja geradezu um eine Aufforderung zur Vollzugsverweigerung handelt. Gesetzliche Grundlagen müssen verändert werden, der Votant habe in seiner Funktion als Kantonsratsmitglied dort die Möglichkeit, sich entsprechend dafür einzusetzen.

SR Veronika Heller

Votum

Bittet den Antragsteller um eine genaue Quantifizierung des zu kürzenden Betrages.

Martin Egger (FDP)

Votum

Wiederholt seinen Antrag auf Kürzung der bereits erwähnten Konti um Fr. 90'000.--.

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Martin Egger (FDP) gestellten Antrag mit 31 : 7 Stimmen ab.

Esther Bänziger (SP):

Zu Seite 94

8300 Tourismus, 365.919 Beiträge zur Förderung der Einkauf- und Tourismusstadt Schaffhausen

Stellt *Antrag auf Kürzung des Betrages von Fr. 50'000.--* und bittet um ein detailliertes Konzept, um anlässlich der Budgetdebatte 07 erneut darüber entscheiden zu können.

Thomas Hauser (FDP)**Votum**

Unterstützt den von E. Bänziger gestellten Antrag. Für eine gemeinsame Werbung Stadt und Pro City Gelder zu sprechen, könnte zu wiederkehrenden Ausgaben führen, wovor der Votant warnen möchte. Er bittet ebenfalls um ein detailliertes Konzept für diese einmalige Ausgabe. Für wiederkehrende Ausgaben bräuchte es allerdings eine Volksabstimmung. Falls diese Fr. 50'000.-- allerdings heute im Rat gesprochen werden, müsse der Stadtpräsident bestätigen (und es würde protokollarisch festgehalten), dass es sich um eine einmalige Ausgabe handelt.

Stadtpräsident Marcel Wenger**Stellungnahme**

Konzepte für eine Grössenordnung von Fr. 50'000.-- als Unterstützung zur verbesserten Präsentation der Schaffhauser Altstadt mit einmaligem Charakter auszuarbeiten, würde zuviel des Guten bedeuten. Der zu sprechende Betrag hat einmaligen Charakter und gemäss Vorgabe der GPK wird die Stadt die Federführung in der Planung übernehmen.

Christoph Lenz (AL)**Votum**

Findet den Kurs des Stadtrates reichlich "kurvenreich". Vor kurzer Zeit wollte der Stadtrat die gesteigerte Nutzung des öffentlichen Raumes eindämmen, heute werden Verkaufsevents subventioniert.

Dieter Amsler (FDP)**Votum**

Informiert, dass es sich nicht nur um Inserate der Pro City handelt und zitiert aus einem Email von Peter Wehrli, das auch an M. Wenger geschickt wurde. Verschiedene Beträge wie Fr. 33'000.-- für Montage und Demontage der Weihnachtsbeleuchtung sowie weitere Fr. 120'000.-- für die neue Weihnachtsbeleuchtung stehen für die Pro City Geschäfte noch offen. Es entstand die Idee, ein "Ortsmarketingbüro" zu kreieren, unter Einbezug des Tourismusbüros und des Gewerbeverbandes, damit sich die Schaffhauser Altstadt als Einkaufsoase gemeinsam in der Schweiz und in Deutschland präsentieren könne. Nach Ansicht der Pro City sollte ein Profi zur konkreten Weiterentwicklung und Umsetzung dieser Idee engagiert werden.

Christian Meister (SVP)**Votum**

Unterstützt den Antrag von E. Bänziger und wehrt sich dagegen, dass die Altstadtgeschäfte für eine Durchführung von Verkaufsförderungsevents sozusagen von einem "Götti" finanzielle Unterstützung erhalten. Der Votant plädiert für eine Eigenberappung der anstehenden Ausgaben.

Alfred Zollinger (SVP)**Votum**

Weist nochmals auf seine Begründung im GPK-Bericht zum Budget hin, wo klar gesagt wurde, dass die Durchführung von Verkaufsförderungsevents in der Altstadt gemäss zu entwickelnder Projekte unter Federführung des Stadtrates stehen. Für einen Betrag von Fr. 50'000.-- kann kein ausführliches Konzept erarbeitet werden, es handelt sich um Sofortmassnahmen. Der Votant bittet das Plenum um Unterstützung der Einkaufsstadt Schaffhausen. Der Stadtrat soll über Wann, Was und Wo entscheiden und Ende Jahr der GPK Bericht erstatten.

Edgar Mittler (FDP)**Votum**

Appelliert an die Verantwortung für die Stadt Schaffhausen und für eine attraktive Altstadt als Einkaufsort, welche Arbeitsplätze sichere und schliesst sich dem Votum des GPK-Präsidenten an.

Josef Eugster (SVP)**Votum**

Möchte eine „Vermarktungspolizei“ schaffen und erinnert daran, dass es auch Geschäfte in anderen Quartieren (zum Beispiel Breite, an der Hochstrasse und in Herblingen) gibt, die wohl kaum von Verkaufsevents in der Altstadt profitieren können.

Stadtpräsident Marcel Wenger**Stellungnahme**

Für die neue Altstadt-Weihnachtsbeleuchtung wurden anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Städtischen Werke Fr. 200'000.-- als Anschubfinanzierung gesprochen, die ordentlich budgetiert wurden. Weitere Ausbauschritte bezahlte die Pro City, ebenso die Montage und Demontage. Der Strom wird über die öffentliche Beleuchtung abgerechnet. Die Anschubfinanzierung hat sich daher gelohnt, weil die Pro City heute in der Lage ist, die zweite Tranche von Fr. 200'000.-- selbst zu finanzieren. Schaffhausen ist sogar gemäss Tagesanzeiger ein Begriff in Sachen schöner Weihnachtsbeleuchtung. Der Stadtpräsident bittet darum, ein positives Zeichen zu setzen und erinnert daran, dass sich die wirtschaftliche Situation für verschiedene Altstadtgeschäfte schwierig präsentiert. Der Stadtrat ist entschlossen, allenfalls anderweitig die Förderung der Schaffhauser Altstadt als Einkaufsort an die Hand zu nehmen.

Martin Egger (FDP)**Votum**

Schlägt eine Erhöhung der Fr. 50'000.-- bei Vorlegung eines detaillierten Konzeptes vor. Die heutige Debatte sei konzeptlos, wenn es sich um Verkaufsförderungsmassnahmen als Anschubfinanzierung handeln soll, wäre der Votant gerne bereit, darüber zu diskutieren.

Bernhard Egli (OeBS)**Votum**

Plädiert dafür, dass die Fr. 50'000.--, wie von der GPK vorgestellt, für Verkaufsförderungsevents gesprochen werden. Ein Konzept dafür erscheint unverhältnismässig, ein Bericht des Stadtrates an die GPK genüge durchaus. Der Votant signalisiert Bereitschaft, falls zu einem späteren Zeitpunkt über weitere Beträge als Anschubfinanzierung diskutiert werden soll.

SR Thomas Feurer**Stellungnahme**

Stellt fest, dass keineswegs Ratlosigkeit herrsche, sondern eigentlich zu viele Ratschläge erteilt worden seien. Die Altstadt ist mit Abstand der grösste Arbeitsgeber in der Region und die Spiesse, mit denen diese kämpfen, werden immer kürzer, Singen und andere Einkaufszentren locken. Die Altstadtgeschäfte haben schon aufgrund der Tatsache, dass sie in einer barocken Altstadt liegen, ungleiche Spiesse. Liegenschaften in der Altstadt zu unterhalten, unterscheidet sich sehr wesentlich vom Unterhalt irgendwelcher Container auf der grünen Wiese. Die für Werbeevents geplanten Fr. 50'000.-- tragen ausserdem dazu bei, dass die von unseren Vorfahren erbaute Altstadt gepflegt wird und bringen somit der ganzen Region einen Nutzen.

Ernst Spenger (SVP)**Votum**

Stellt einen *Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion* über dieses Thema.

Der Ordnungsantrag wird mit einer einfachen Mehrheit angenommen.

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Esther Bänziger (SP) gestellten Antrag mit 31 : 13 Stimmen ab.

Esther Bänziger (SP) schliesst mit der Bemerkung, dass die Diskussion mit einem ausführlicheren Kommentar hätte vermieden werden können.

Alfred Zollinger (SVP) verweist mit Nachdruck auf seinen ausführlichen Kommentar anlässlich des GPK-Berichtes.

IV. Investitionsrechnung ab Seiten 103 bis 118

Josef Eugster (SVP):

Zu Seite 104

090, Nichtüberbaute und überbaute

Verwaltungsliegenschaften

503.005 Haus "Zum Freudenfels", Jugendkeller

Stellt Antrag auf Streichung des Betrages von Fr. 120'000.--. Der Jugendkeller ist erneuerungs- und sanierungsbedürftig und der geplante Betrag sei zu niedrig. Der Votant stellt Antrag auf Ausarbeitung einer städträtlichen Vorlage an den GrSR zur Sanierung des Jugendkellers (inklusive Sicherheitsauflagen der Feuerpolizei) und schlägt ausserdem eine generelle Überprüfung der Örtlichkeit des Jugendkellers vor.

SR Thomas Feurer

Stellungnahme

Der Jugendkeller läuft unter dem Titel Kulturangebot. Der Kulturreferent hält fest, dass die zur Verfügung gestellten Mittel durchaus ausreichend sind, um die Räumlichkeiten auf einen Stand zu bringen, dass verschiedene in Zukunft geplante Darbietungen dort stattfinden können (Behebung elektrische Mängel, Bühne ersetzen). Es gehe hauptsächlich darum, das gemäss Konzept geplante Angebot und die dafür benötigte Infrastruktur sicherzustellen.

Josef Eugster (SVP)

Votum

Ist anderer Meinung, es sei schon in der Vergangenheit Geld investiert worden. Der Votant plädiert für eine langfristige Sanierung.

Lotti Winzeler (OeBS)

Votum

Klärt auf, dass der Jugendkeller nur zum Teil sanierungsbedürftig ist, eine neue Bar sowie die elektrischen Anlagen (Licht und Sound) müssten erneuert werden. Ausserdem leisten die Jugendlichen sehr viel Fronarbeit.

SR Peter Käppler

Stellungnahme

Informiert, dass es sich hier nicht um ein Konzept für einen zukünftigen Luxusschuppen handle. Die geplanten finanziellen Mittel seien ausreichend und die zukünftigen Nutzer zeigen sich befriedigt. Die feuerpolizeilichen Auflagen sind auf jeden Fall sichergestellt und gewährleistet.

Rebekka Plüss (AL)

Votum

Das Konzept des Jugendkellers wurde abgeleitet aus dem Jugendleitbild. Es besteht dringender Bedarf nach einer Lokalität für Jugendliche unter 18 Jahren, welche vermehrt in die Stadt drängen. Das TapTap leide darunter, dass kaum Möglichkeiten

für diese Jugendgruppe vorhanden seien. Es müsse bald etwas geschehen und mit dem vorgesehenen Betrag von Fr. 120'000.-- könnte mit den Bauarbeiten schnellstmöglich begonnen werden.

Josef Eugster**Votum**

Zeigt sich bereit, den gestellten Antrag zurückzuziehen, wenn garantiert wird, dass die geplanten Fr. 120'000.-- ausreichen. Erfahrungen in der Vergangenheit hätten leider gezeigt, dass oftmals das Instrument der Nachtragskredite eingesetzt werde, um weitere Begehrlichkeiten zu befriedigen.

Käthi Tanner-Winzeler (SP)**Votum**

Unterstützt die von R. Plüss gemachten Aussagen, dass Jugendliche unter 18 Jahren keine Räumlichkeiten zur Verfügung hätten und bittet das Plenum darum, den Betrag von Fr. 120'000.-- zu sprechen.

SR Thomas Feurer**Stellungnahme**

Informiert, dass das Hochbauamt das Konzept überprüft hat und eine entsprechende Bestätigung seitens Ueli Witzig hinsichtlich Durchführbarkeit und Verhältnismässigkeit ebenfalls vorliegt. Die bisher erfolgten Sanierungen würden optimal genutzt und der bestehende Standort durch die Investition von Fr. 120'000.-- aufgewertet und effektiv nutzbar gemacht.

SR Peter Kämpfer**Stellungnahme**

Bestätigt, dass sämtliche feuerpolizeilichen Vorgaben eingehalten werden.

Josef Eugster (SVP) zieht in der Folge seinen Antrag zurück.

Peter Neukomm (SP):**Zu Seite 104****029, Übriger allgemeiner Aufwand****581.000 Gesamteinführung WoV**

Stellt die Frage an den Stadtrat, ob der Betrag von Fr. 200'000.-- in Anbetracht der neuen Situation voll ausgeschöpft werde oder nicht.

Stadtpräsident Marcel Wenger**Stellungnahme**

Bestätigt, dass eine gewisse Anpassung des Tempos und des Umfanges stattfinden werde. Der Kanton habe bisher noch keine verbindlichen Angaben dazu gemacht. Der Stadtpräsident bittet das Plenum darum, den Betrag zu belassen.

Dr. Raphaël Rohner (FDP)**Votum**

Gibt zu bedenken, dass seiner Meinung nach aufgrund des zur Zeit geltenden Finanzhaushaltgesetzes eine flächendeckende Einführung von WoV nicht möglich ist. Allenfalls könnten die Versuchsbetriebe weitergeführt werden. Eine Standortbestimmung drängt sich auf und der Stadtrat wurde - wie bereits vom Stadtpräsidenten erwähnt - bei der Regierung vorstellig, um in Zukunft mit klaren gesetzlichen Rahmenbedingungen weiterarbeiten zu können.

Thomas Hauser (FDP):**Zu Seite 108****212 Schulhäuser Orientierungsschule****503.275 Schulhaus Rheinschule, Projektierung**

Führt aus, dass vor fünfeinhalb Jahren der Vorgänger des heutigen Schulreferenten die Kündigung des Mietverhältnisses zwischen der Rheinschule und der DMS eingeleitet hat. Die damals vom Votanten mit der Frage nach den Gründen dieser dringlichen Kündigung eingereichte Interpellation wurde dahingehend beantwortet, die Stadt Schaffhausen benötige diesen Schulraum dringend. Die DMS ist im Sommer dieses Jahres in ihren Neubau umgezogen und das Rheinschulhaus steht leer. Es seien zur Zeit allerdings keinerlei Bestrebungen im Gange, das Rheinschulhaus einer neuen Nutzung als Orientierungsschule zuzuführen, obwohl damals dringender Bedarf angemeldet wurde. Es drängt sich jetzt erneut die Frage auf, wie es weitergehen soll.

SR Peter Käppler**Stellungnahme**

Informiert, dass ein Bericht über eine zukünftige Sanierung und Neunutzung als Orientierungsschulhaus bereits vorliegt. Diese Neunutzung sei jedoch vom neuen kantonalen Schulgesetz abhängig. Es liegen auch bereits Anfragen von anderen Schulen vor. Ziel sei eine mögliche schnelle Neunutzung, allenfalls werde eine provisorische Lösung angestrebt.

SR Urs Hunziker**Stellungnahme**

Ursprünglich war vorgesehen - und hat auch zur damaligen Kündigung geführt - das 10. Schuljahr (4. Sekundar- und 4. Realschule) im Rheinschulhaus einzuquartieren. Zwischenzeitlich hat sich gezeigt, dass dieses Angebot von der Stadt an den Kanton übergehe (im Rahmen des Brückenangebotes, wie das Sozialjahr), was weitere Planungsarbeiten zur Zeit gestoppt hätte. Gegenwärtig arbeitet eine Arbeitsgruppe des Kantons intensiv an der Frage der Räumlichkeiten. Mit dem neuen Schulgesetz scheint das 10. Schuljahr nun wirklich an den Kanton überzugehen. Es bestehe eine relativ grosse Wahrscheinlichkeit, dass der Kanton an einer Unterbringung im Rheinschulhaus interessiert sei.

Iren Eichenberger (OeBS)**Votum**

Stellt die Frage, ob es möglich wäre, dass die Singschule wieder am alten Standort im Rheinschulhaus singen könnte.

SR Urs Hunziker**Stellungnahme**

Klärt auf, dass diese Frage vor der Ausquartierung der Singschule mit dem Baureferat abgeklärt wurde und die Kosten für Beheizung und Hauswartung unverhältnismässig hoch seien. Die Musikschule wird auf nächsten Sommer ins ehemalige Kinder- und Jugendheim umziehen können und daher erscheine ein aufwändiger Umzug für ein halbes Jahr nicht sinnvoll.

Edgar Zehnder (SVP) *:**Zu Seite 108****212 Schulhäuser Orientierungsschule****503.277**

"Diese Position gibt es - wie Sie bereits festgestellt haben - nicht mehr und eben diese Streichung beschäftigt mich, obwohl eine schwarze Null oder gar eine Gewinnerzielung auch in Zukunft Priorität haben sollen, aber nicht auf dem Buckel unserer Kinder, denen eine starke Lobby fehlt. Im Herbst habe ich die Schulküche des Schulhauses Gräfler besichtigt, die in einem desolaten Zustand ist. Elektrische Anschlüsse sind direkt neben Wasseranschlüssen installiert und aus Spargründen wurde eine Sanierung, die bereits hinreichend bekannt ist, bisher immer

hinausgeschoben. Die gefährlichen Elektroanschlüsse sind allerdings zwischenzeitlich behoben worden. Die Küche befindet sich weiterhin in einem altertümlichen Zustand, verschiedene Backöfen bedingen immer wieder neue Anweisungen an die kochende Schülerschaft. Dadurch wird für die Kochlehrerin das Unterrichten nicht gerade erleichtert. Es ist unser Auftrag, dafür zu sorgen, dass die Kinder zweckmässige und ungefährliche Einrichtungen zur Verfügung haben. Ich stelle daher *Antrag auf Wiederaufnahme ins Budget 06 des gestrichenen Postens 503.277, Fr. 110'000.--*, unter der Bedingung, dass der Stadtrat heute versichern kann, dass dieser Betrag für eine regelkonforme Sanierung genügen wird und nächstes Jahr über keine weiteren Investitionen diskutiert werden muss. "

Iren Eichenberger (OeBS)

Votum

Unterstützt den Antrag von E. Zehnder. In den Altersheimen wurde auch sehr viel investiert und mit dem gestellten Antrag werde der Schülerschaft eine angenehme und ansprechende Küche zur Verfügung gestellt, die motivierend wirke und das auch heute nach wie vor bedeutende Lehrfach erhalte dadurch eine gewisse Anerkennung.

SR Peter Käppler

Stellungnahme

Gibt generell zu bedenken, dass nicht immer alle aus der Lehrerschaft stammenden Sanierungswünsche erfüllt werden könnten. Der Stadtrat sei aufgrund des enormen Investitionsbedarfes seitens der Schulen gezwungen, gewisse Prioritäten zu setzen. Der Baureferent bittet darum, auf den Antrag zu verzichten. Im Gräfler wurden gemäss Budget bereits grosse Summen investiert.

SR Urs Hunziker

Stellungnahme

Sanierungen in den Schulhäusern werden nach Prioritäten und im Sinne gewisser Gerechtigkeit durchgeführt. Die Gräfler Küche gehöre nicht zu einer der ältesten. In eine generelle und umfassende Sanierung müsste zum Beispiel auch der Werkraum im Sekundarschulhaus Buchthalen einbezogen werden. In das Gräfler Schulhaus wurden in den letzten 30 Jahren rund Fr. 3 Mio. investiert.

Iren Eichenberger (OeBS)

Votum

Kritisiert die fehlende Hygiene.

SR Urs Hunziker

Stellungnahme

Der Grossteil der Schäden sei bereits behoben worden, von mangelnder Hygiene könne nicht die Rede sein.

Alfred Zollinger (SVP)

Votum

Auch in der GPK wurden gewisse Fragen bereits gestellt und die damals von P. Käppler und U. Hunziker erhaltenen Antworten waren absolut genügend und detailliert erklärt worden. Im Budget hätten solche Schnellschüsse keinen Platz und der Stadtrat habe versichert, Sanierungen nach einem detaillierten Konzept auszuführen. Der GPK-Präsident bittet darum, den Antrag abzulehnen.

Thomas Hauser (FDP)

Votum

Vertritt die gleiche Meinung wie sein Vorredner. Das Überprüfungsprozedere einer beantragten Sanierung sei sehr detailliert, Schnellschüsse hätten im Budget keinen Platz und der Votant plädiert ebenfalls auf Ablehnung des Antrages.

Christian Halblützel (SP), Urs Tanner SP), Kurt Zubler (SP) und Esther Bänziger (SP) plädieren ebenfalls für Ablehnung des Antrages und schliessen sich den von ihren Vorrednern bereits dargelegten Argumenten an.

Iren Eichenberger (OeBS)

Votum

Würde eine Streichung sehr bedauern und bittet darum, die Sanierung doch wenigstens im nächsten Jahr zu berücksichtigen.

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Edgar Zehnder (SVP) gestellten Antrag mit 38 : 7 Stimmen ab.

Bernhard Egli (OeBS) *:

Zu Seite 110

350 Übrige Freizeitgestaltung

503.364 Fussballstadion, Projektierung Neubau

"Bei der Behandlung des kantonalen Finanzplanes ist in der GPK des Kantonsrates wurde auch über eine Zentrumslastenentschädigung der Stadt gesprochen. Regierungsrat Erhard Meister bezifferte den ausgewiesenen Betrag auf über Fr. 4 Mio. jährlich. Baudirektor Lenherr meinte hingegen, dies sei viel zu viel, dies sollte unter Fr. 2 Mio. gedrückt werden. Zudem solle die Stadt zuerst ihre Hausaufgaben machen und ihren Haushalt sanieren. Ich habe mich gefragt, was er wohl meine und bin nun auf diesen Budgetposten gestossen: Gemäss geltendem kantonalen Richtplan ist das Fussballstadion Breite eine kantonale Baute. Es kann wohl nicht Aufgabe einer Gemeinde sein, kantonale Bauten zu unterhalten, zu sanieren oder neu zu bauen. Ich schliesse daraus, dass der Kanton für die Finanzierung eines Fussballstadions zuständig ist, demzufolge auch für die Projektierung. Da die Standortgemeinde Schaffhausen gewisse planerische Begleitarbeiten zu erfüllen hat, ist der budgetierte Posten nicht ganz zu streichen. Ich stelle deshalb *Antrag auf Kürzung des Betrages um Fr. 225'000.-- auf Fr. 50'000.--*. Wohlverstanden, ich spreche mich nicht gegen ein Fussballstadion aus, ich bin für einen Neubau im Herblingertal. Nebenbei stellt sich die Frage, respektive ist die Feststellung angebracht, dass die Standortgemeinde nicht für den Betrieb von kantonalen Bauten verantwortlich ist. Ich möchte deshalb den Sportreferenten auffordern, dafür zu sorgen, dass ab 01.01.06 der Kanton den Betrieb des Fussballstadions Breite trägt. "

SR Peter Kämpfer

Stellungnahme

Bittet darum, den Betrag nicht zu kürzen. Es seien Verhandlungen hinsichtlich dieser Baute und der Finanzierung mit dem Kanton (Rosmarie Widmer-Gysel) am Laufen und auf gutem Weg. Eine gangbare Lösung werde angestrebt, die Gegenstand von weiteren Diskussionen in der SPK sein wird. Die Beitragshöhe der Standortgemeinde sei Thema im Verhandlungsprozess. Es wäre eine durchaus vorstellbare Lösung, dass die Projektierungskosten als Bestandteil der Gesamtkosten über den Kantonsanteil finanziert werden könnten. Im kantonalen Richtplan ist lediglich dokumentiert, dass es im Kanton Schaffhausen ein Nationalliga taugliches Fussballstadion geben müsse, über die Finanzierung ist nichts Näheres enthalten.

Peter Neukomm (SP)

Votum

Bittet B. Egli, seinen Antrag zurückzuziehen, um die Federführung der Stadt in diesem Projekt nicht zu gefährden. Der Kanton sei in Pflicht, Schaffhausen als Standortgemeinde sollte jedoch schwergewichtig mitentscheiden, wo der zukünftige Standort sein werde.

Thomas Hauser (FDP)**Votum**

Unterstützt das Votum von P. Neukomm dahingehend, dass die Stadt nicht nur die Federführung behalten, sondern baldmöglichst ein Projekt vorlegen müsse, um die Nationalligatauglichkeit nicht zu gefährden. Die SPK sei auf eine Vorlage ausgerichtet und eine Weiterführung dieser Arbeit müsse erfolgen.

Bernhard Egli (OeBS)**Votum**

Es sollte seitens der Stadt der notwendige Druck gemacht werden, damit der Kanton seine Aufgabe wahrnehme und in diesem Sinne zieht der Votant den gestellten Antrag zurück.

Stadtpräsident Marcel Wenger**Stellungnahme**

Hat mit ziemlicher Überraschung und grosser Empörung den Kommentar des Baudirektors über den Haushalt der Stadt Schaffhausen innerhalb eines kantonalen Gremiums zur Kenntnis genommen. Der Kanton halte sich bei wichtigen Planungsvorhaben bedeckt, treffe keine Vorkehrungen im Finanzplan und schiebe ausserdem der Stadt die Rechnung für eine Qualitätsverbesserung des Standortes zu. Es sei schwierig, mit so einem Kanton zu "wirtschaften".

Josef Eugster (SVP):

Projekt Aranea
350 Übrige Freizeitgestaltung
525.003 Aranea

Stellt *Antrag auf ersatzlose Streichung des Betrages von Fr. 100'000.--*, da es sich im vorliegenden Fall um eine Unterstützung einer nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geführten Organisation gehe.

Dr. Paul Bösch (OeBS)**Votum**

Bittet das Plenum inständig darum, dem Antrag von J. Eugster nicht stattzugeben. Es sei eine einmalige Chance, die Jugend und Präventionsarbeit zu unterstützen. Die geleistete Arbeit sei sehr wertvoll, und der Votant appelliert an die Grosszügigkeit der Ratsmitglieder.

Edgar Zehnder (SVP)**Votum**

Unterstützt den von J. Eugster gestellten Antrag, da es sich bei Aranea um ein marktwirtschaftlich orientiertes Profitunternehmen handle, welches zudem für seine Leistung auch einen stolzen Betrag verlange. Die Anzahl der Stadtschüler sei im Übrigen gemäss Aussagen des Schulreferenten gar nicht so hoch und die Fr. 15.-- Kosten pro Schüler auch nicht gerade billig. Sportvereine wie der seit Jahrzehnten etablierte LC Schaffhausen machen seit Jahren ungehört auf den desolaten Zustand der Bahn auf dem Munotsportplatz und auf das Fehlen eines entsprechenden Trainings- und Wettkampfbetriebes für sportbegeisterte Leichtathleten aufmerksam. Der Votant kritisiert, dass die Stadt keine Investitionen für die einheimische Sportwelt tätigt und möchte der direkt aus Steuergeldern zu berappenden Unterstützung der Stadt an die Aranea nicht zustimmen.

Alfred Zollinger (SVP)**Votum**

Hält an der in der GPK beschlossenen Zustimmung fest und weist auf das aussergewöhnliche Angebot von Aranea nicht nur im normalen Turn-, sondern vor allem im medizinisch/therapeutischen Bereich (Bewegungsabläufe, Rehabilitation bei Rückenleiden) hin. Die GPK hat bereits an ihrer ersten Sitzung beschlossen, den "à

fonds perdu" Beitrag aus der Laufenden Rechnung zu nehmen und eine alternative Finanzierungsart (Anteilscheine) zu suchen. Der GPK-Präsident zeigt sich aufgrund des vorliegenden Businessplanes von den positiven Zukunftsaussichten des Aranea+ überzeugt. Der Kanton habe die Stadt mit der Kopplung der Auszahlung seiner Finanzunterstützung an diejenige der Standortgemeinde sowie des in der Lokalpresse erschienenen Artikels mit der Schlagzeile "Aranea - jetzt hängt alles am Grossen Stadtrat" massiv unter Druck gesetzt. A. Zollinger plädiert für Grosszügigkeit und bittet das Plenum um Zustimmung der von der GPK vorgeschlagenen Unterstützung.

Walter Hotz (FDP)**Votum**

Weist darauf hin, dass innerhalb der GPK der Beschluss mit 5 : 2 Stimmen gefasst wurde und befürchtet, dass durch ein Ja zur finanziellen Unterstützung von Aranea+ eine Auseinandersetzung der Stadt mit weiteren Begehrlichkeiten in Zukunft unumgänglich sein werde. Ein entsprechendes Schreiben aus dem Bereich Kultur liege im Stadthaus bereits vor. Es würden Steuergelder in private Projekte investiert, diese Art von Subventionen lähmen den Unternehmergeist und festigen unrentable Strukturen. Wie sollen nun Grossstadtratsmitglieder in Zukunft reagieren? Deshalb unterstützt der Votant den von J. Eugster gestellten Antrag.

SR Peter Käppler**Stellungnahme**

Der Stadtrat ist nach eingehender Prüfung zur Überzeugung gelangt, eine Unterstützung in Form von Anteilscheinen an der sanierten Genossenschaft Aranea+ sei sinnvoll. Die Stadt unterstütze auch viele andere Schaffhauser Sportvereine in unterschiedlicher Art und Weise. Der Votant bittet darum, diese Tatsache zu würdigen und den Beitrag an die Aranea+ zu sprechen, deren noch weiter Weg zur Gesamtanierung sich steinig genug präsentiere.

Lotti Winzeler (OeBS)**Votum**

Bittet als ehemalige Sportkletterin darum, den Antrag der GPK unbedingt zu unterstützen, um die zukünftige Existenz der Aranea+ zu sichern.

Kurt Zubler (SP), Peter Neukomm (SP), Christian Hablützel (SP) plädieren in ihren Voten für eine Unterstützung im Betrag von Fr. 100'000.-- in Form von Anteilscheinen an der Aranea+.

Josef Eugster (SVP)**Votum**

Hält an seinem Antrag fest.

Theresia Derksen (CVP)**Votum**

Macht auf den zusätzlichen Aspekt aufmerksam, dass viele Firmen und Vereine, die nach Schaffhausen kommen, Aktivprogramme durchführen wollen und Aranea entspreche mit seinem Angebot einer solchen Nachfrage vollumfänglich.

Christian Meister (SVP)**Votum**

Stellt *Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion.*

Der Ordnungsantrag wird mit einer einfachen Mehrheit angenommen.

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Josef Eugster (SVP) gestellten Antrag mit 38 : 7 Stimmen ab.

Der **1. Vizepräsident, Dr. Paul Bösch (OeBS)**, setzt die seitenweise Verlesung wie folgt fort:

V.	Spezialfinanzierungen	Seiten	120-130	Keine Wortmeldungen
VI.	Stiftungen und Legate	Seiten	132-143	Keine Wortmeldungen
VII.	Spezialverwaltungen	Seiten	147-157	Keine Wortmeldungen
VIII.	Stiftung Impuls	Seiten	161-165	Keine Wortmeldungen
IX.	Betriebe:			
	Gaswerk, Elektrizitätswerk, Wasserwerk, Verkehrsbetriebe			
		Seiten	170 -203	Keine Wortmeldungen
II.	Sachgruppenstatistik	Seiten	7-10	Keine Wortmeldungen
I.	Gesamtergebnis Verwaltungsrechnung			
		Seite 3		Keine Wortmeldungen

Botschaft des Stadtrates Seiten 1-10 mit den von der GPK korrigierten Anträgen vom 07.12.05.

ANTRÄGE

1. Der Voranschlag für das Jahr 2006 wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit a der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.
2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 108% festgesetzt und gemäss Art. 11 lit b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Es erfolgen an dieser Stelle folgende *Wortmeldungen*:

Christian Meister (SVP)

Votum *

"Im Namen der SVP/JSVP/EDU-Fraktion stelle ich hiermit den **Antrag**, es sei der Gemeindesteuerfuss um zwei Punkte zu senken und auf 106% festzusetzen.

Mit welchem Argumentarium ?

1. Aus bürgerlicher Sicht besteht nach wie vor ein sehr grosser Aufholbedarf gegenüber unseren Nachbargemeinden auf der Südseite des Rheins, den Steuerfuss anzugleichen. Ich will in meiner Argumentation zum Vergleich mit den Steuerbelastungen mit den Nachbargemeinden gar nicht weiter ausholen. Ich weiss, dass ich die linke Ratshälfte nicht davon überzeugen kann. Wir haben schon mehr als einmal ausführlich darüber diskutiert. Wir werden zwischen Links und Rechts nie einen Konsens finden, also müssen wir auch keine grossen Debatten darüber mehr führen.

2. Gegenüber dem Budget hat die Stadt Schaffhausen in den vergangenen 8 Jahren im Durchschnitt der Jahre immer über ein um Fr. 2,2 Mio. günstigeres Resultat ausgewiesen. Im Jahr 2004 waren es Fr. 4,8 Mio., im Jahr 2001 sogar um Fr. 5,2 Mio. Die Tendenz "*Das Resultat wird eh besser herauskommen*", zwingt die Protagonisten gar nie ernsthaft dafür zu sorgen, dass die Verwaltungskosten deutlich verringert werden.

3. Es ist ein schlechter Ratgeber, wenn die Stadt immer und immer wieder jammert, ihre Zentrumslasten werden nicht abgegolten, wenn sie bei einem

gegenüber den umliegenden Gemeinden doch sehr hohen Steuerfuss immer dafür sorgt, letztlich doch ein positives Rechnungsergebnis präsentieren zu können.

4. Am 27. September 2005 schreibt die Schaffhauser Nachrichten, dass die Einwohnerzahl der Stadt massiv zunimmt dank eines Zuzügerbooms: *"Und ein Ende der Entwicklung ist für den Leiter der städtischen Einwohnerkontrolle, Werner Kausch, vorerst nicht abzusehen, der Trend dürfte sich fortsetzen"*. Im Gegensatz zu früheren Jahren handelt es sich nicht um Asylanten- oder Flüchtlingsströme und auch nicht um den auch schon erlebten Sozialtourismus. Im Jahre 2005 kommen vor allem Menschen, die der Region nicht massive Kosten aufbürden, sondern ihr etwas bringen. Einerseits in höheren Steuereinnahmen, was zwar – zugegeben – im Budget zu einem grossen Grad bereits berücksichtigt ist – andererseits aber auch in Form von gesteigerter Nachfrage in der regionalen Wirtschaft.

Ich bitte Sie also, meinen Antrag zu unterstützen und einen mutigen Schritt in die Zukunft machen, indem wir wieder einmal unseren hohen Steuerfuss senken. "

Durch den Tonbandwechsel entsteht eine Pause von 10 Minuten.

SR Veronika Heller

Stellungnahme *

"Jetzt kommt aber noch der Schlaumeier, der nicht nur ein ganz ausgeglichenes Budget wollte, sondern jetzt auch noch den Steuerfuss senken will. Das ist ganz und gar unverantwortlich. Ich erinnere Sie daran, dass vor kurzem im Kantonsrat - bei einer wesentlich komfortableren Finanzlage des Kantons - die FDP unter Namensaufruf geschlossen gegen eine Senkung des Steuerfusses gestimmt hat, und es an der Zeit wäre, dass Sie Ihre staatspolitische Verantwortung wahrnehmen. Es geht doch nicht an, dass die GPK stundenlang - und zwar so lang, wie sie noch kaum jemals brauchte, obwohl die Budgets der vergangenen Jahre nicht unbedingt besser waren als das vorliegende - über dem Budget brütet, und dann erst in den Fraktionen irgend jemand, ohne sich sichtlich anzustrengen, eine Steuerfussenkung fordert, nur um in den Medien prominent vorzukommen.

Der Präsident der GPK hat den Steuerfuss von 108% zur Diskussion gestellt. Die Diskussion hat nicht stattgefunden, der Antrag des Stadtrates wurde subito zum Antrag der GPK erklärt.

Hinzu kommt, dass im laufenden Jahr eine Steuerentlastung durch die erhöhten Abzüge für die Kinderbetreuung erfolgt und im nächsten, also in unserem Budgetjahr, mit dem Familiensplitting zumindest die verheirateten Steuerpflichtigen noch einmal markant entlastet werden, nämlich um Fr. 3,25 Mio.

Im Namen des Stadtrates bitte ich Sie, in dieser Frage vernünftig und mit staatspolitischer Verantwortung zu entscheiden und den Antrag von Christian Meister abzulehnen. Sie können von der Stadt nicht dauern mehr fordern und ihr gleichzeitig die Mittel zur Aufgabenerfüllung entziehen. Ich danke Ihnen, wenn Sie den Antrag der GPK und des Stadtrates unterstützen. "

Alfred Zollinger (SVP)**Votum GPK-Präsident**

"Selbstverständlich zahle auch ich gerne weniger Steuern. Aber ich beurteile den Zeitpunkt, eine Steuerfussenkung durchzuboxen, als falsch. Bedenken Sie Folgendes: Die Position Allgemeiner Personalaufwand wurde mit Fr. 1 Mio. bereits korrigiert, gemäss Finanzreferentin können wir mit Mehreinnahmen bei den Steuern von Fr. 1 Mio. rechnen, total somit Fr. 2 Mio. In Anbetracht des Ehepaarsplitting in 2006 bin ich der Auffassung und bleibe dabei, dass der Steuerfuss auf 108% beibehalten werden soll. Ich verspreche jedoch, wenn die Rechnung 05 tatsächlich positiv ausfallen sollte, werden wir seitens der GPK und im Zusammenhang mit der nächsten Budgetdiskussion 07 etwas in Sachen Steuerfuss verlangen. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP)**Votum ***

"Es wird Sie wahrscheinlich kaum erstaunen, dass ich den Antrag von Christian Meister auf Senkung des Steuerfusses unterstützen werde, und zwar hat dies auch seine Gründe. Zuerst vielleicht ein Hinweis an die Finanzreferentin. Wenn wir dem Antrag Folge leisten, wird sich das Budget zwar um rund Fr. 1,6 Mio. verschlechtern. Mit diesen Fr. 2,2 Mio. würden wir immer noch im Rahmen der Fr. 4 Mio. liegen, die gemäss Vorgaben des Bundes und des Kantons als zulässig erachtet wären und somit auch noch bewilligt werden könnten. Die Steuerentlastungen und das Ehepaarsplitting sind im vorliegenden Budget berücksichtigt. Es gibt aber sehr wohl Gründe dafür, davon ausgehen zu können, dass wir nicht negativ abschliessen werden, wenn wir diesem Antrag zustimmen und darauf möchte ich kurz eintreten:

1. Wir sind gleichsam "gebrannte Kinder". Unsere Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Budget 2005 und der diesbezüglichen Debatte im Grossen Stadtrat vor genau einem Jahr, haben uns gelehrt, die Aussagen des Finanzreferates zu den zu erwartenden Steuereinnahmen nicht nur kritisch, sondern mit grössten Vorbehalten und mit Vorsicht zu beurteilen. Hätten wir uns nämlich seinerzeit an unsere Beurteilung gehalten und wären wir nicht der geschickten Verteidigungsstrategie der Finanzreferentin gefolgt, wäre wenigstens eine bescheidene Senkung des Steuerfusses um 1% durchaus möglich gewesen. Wir haben uns aber, weil man uns in Unkenntnis der effektiven Sachlage und der aktuellen Prognosen liess, vom Gegenteil überzeugen lassen, und dies soll uns in diesem Jahr nicht mehr passieren. Im Übrigen haben sich die Rahmenbedingungen in Bezug auf die Beurteilung der finanzpolitischen Situation im Jahr 2006 deutlich verändert. Die Wirtschaftslage hat sich gesamtschweizerisch bereits im laufenden Jahr mindestens teilweise erholt und wird sich weiter erholen. Die Konjunkturprognosen und Wirtschaftstrends für das kommende Jahr sind optimistisch, ja geradezu als freundlich zu beurteilen. Die Börsenindizes spiegeln zur Zeit ein Vertrauen in unsere Wirtschaft, wie wir sie seit dem Jahr 2001 nicht mehr erlebt haben. Die sogenannten "Lohnrunden" sind erstmals seit Jahren für einen rechten Teil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder ziemlich erfreulich verlaufen. Die Konsumentinnen und Konsumenten bringen dies zum Ausdruck, indem sie sich weitaus weniger zurückhaltend verhalten als noch vor einem Jahr. Insgesamt kann daher im kommenden Jahr mit erheblich höheren Steuereinnahmen auch in der Stadt Schaffhausen gerechnet werden, als wie sie zur Zeit im vorliegenden Budget beziffert

werden. Dies soll sich in einer vernünftigen Steuerfussreduktion, so wie sie von Ratskollege Christian Meister beantragt wird, niederschlagen. Mittel- und langfristig wird sich dies wiederum positiv für den Standort Schaffhausen auswirken. Dass sich nämlich Steuerfussenkungen günstig auswirken, sofern sie in einem finanzpolitisch vertretbaren Rahmen gehalten werden, zeigen uns die in den vergangenen Jahren erfolgten Senkungen in Kanton und Stadt: Sie haben uns nachweisbar einen deutlichen Zuwachs an steuerpotenten Einwohnerinnen und Einwohnern gebracht und damit zu einer Verbesserung der steuerlichen Ertragslage geführt. Konkurrenz belebt den Markt; dies zeigt sich einmal mehr mit aller Deutlichkeit auch im Bereich der Steuerbelastungen. Schaffhausen ist attraktiver als es schon war und soll auf diesem Weg weiter gesunden können.

2. Zum Zweiten soll aber auch ein deutliches Zeichen gesetzt werden gegenüber der inhaltlich absolut unbefriedigenden stadträtlichen Vorlage "Perspektiven finanzielle Entwicklung 2006/2007 der Stadt Schaffhausen". Eigentlich sollte sie eine Antwort mit konkreten Lösungsvorschlägen zu den mit der Motion "Gesunde und attraktive Finanzen" vom 15. Januar 2002 erteilten parlamentarischen Aufträgen beinhalten. Sie entbehrt weitgehend der eigentlich zu erwarten gewesenen umfassenden Strategievorschlägen zur Entlastung des städtischen Finanzhaushaltes, so wie sie seinerzeit deutlich gefordert waren und wie sie im Kanton längst und mit Erfolg nicht nur in Planung, sondern in Umsetzung befinden. Die Vorlage ist inakzeptabel; ich habe dies bereits bei deren Überweisung an den Grossen Stadtrat gesagt. Obschon sie nicht Gegenstand der heutigen Budgetdebatte bildet, sondern anfangs Januar in einer Spezialkommission zu beraten sein wird, besteht doch ein enger Konnex zwischen ihr und der heute zur Beurteilung stehenden Frage, ob es eine Steuerfussenkung erträgt oder nicht. Nachdem das Finanzreferat nicht bereit zu sein scheint, valable Sanierungsvorschläge zu formulieren und zur Beschlussfassung zu unterbreiten, sondern den Ball ganz einfach ans Parlament zurückspielt, muss davon ausgegangen werden, dass wir als Parlament eben bereits heute eine erste Vorgabe zu machen haben. Ich bedaure es ausserordentlich, dass es der Stadtrat nicht verstanden hat, den ihm seinerzeit mit der Erheblicherklärung der in Frage stehenden Motion zugespielten Steilpass abzunehmen und ein umfassendes Entlastungspaket - vergleichbar mit demjenigen des Regierungsrates - vorzulegen. Wäre dem der Fall gewesen - und jetzt bitte ich Sie um Aufmerksamkeit - und hätten wir eine Vorlage, welche ein konkretes und in Bezug auf die zu ergreifenden Massnahmen klar priorisierendes Vorgehen beinhalten würde, wäre der heute von Christian Meister gestellte Antrag allenfalls gar nicht zu stellen gewesen oder man hätte ihm - wie im Kantonsrat betreffend Staatsvoranschlag 2006 - nicht Folge geleistet, da er nicht mit der Sanierungsplanung im Einklang gestanden hätte.

In Würdigung dieser Umstände beurteile ich den Antrag von Christian Meister als finanzpolitisch vertretbar und sinnvoll und werde ihm zustimmen. "

Urs Tanner (SP)

Votum

Stellt *Ordnungsantrag* und *Antrag auf Abstimmung über den von Christian Meister gestellten Antrag*.

Dem Ordnungsantrag wird mit 32 : 17 Stimmen stattgegeben.

Bernhard Egli (OeBS)

Votum

Stellt Antrag auf Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Christian Meister (SVP) gestellten Antrag mit 32 : 17 Stimmen ab.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

ANTRÄGE

3. Die folgenden Ausgaben werden gemäss Art. 11 lit d der Stadtverfassung *einzel*n dem fakultativen Referendum unterstellt:

Wiederkehrende Ausgaben der Laufenden Rechnung:
Kein Gegenantrag, so beschlossen.

keine

Einmalige Ausgaben der Investitionsrechnung:

300.503.301 Freihandbibliothek, baulich-betriebliche Verbesserungen Fr. 259'700.--

350.503.364 Fussballstadion, Projektierung Neubau Fr. 275'000.--

350.524.209 KSS, Dachsanierung Fr. 220'000.--

540.503.590 Hortgebäude Hauental, Sanierung und
bauliche Erweiterung Fr. 480'000.--

570.503.527 Künzleheim, Projektierung Gesamtsanierung Fr. 300'000.--

570.503.550 Altersheim Steig, Einbau von Sanitärzellen
in der Pflegeabteilung Fr. 584'000.--

621.506.100 Reinigung Unterhalt Winterdienst, Anschaffung Fahrzeug Fr. 285'000.--

790.503.746 Planung, Quartiererneuerung Fr. 300'000.--

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

4. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2006 benötigten fremden Mittel zu beschaffen.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst den Voranschlag 2006 der Einwohnergemeinde Schaffhausen und den Leistungsauftrag, beziehungsweise das Globalbudget 2006 der vier WoV-Abteilungen der Stadt Schaffhausen sowie die von der GPK mit Datum 7. Dezember 2005 korrigierten Anträge in der **Schlussabstimmung** mit **43 : 4 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Schlusswort des Präsidenten:

"Zum Schluss der heutigen Ratssitzung kann ich Ihnen den Neueingang folgender persönlicher Vorstösse bekannt geben:

- *Motion* Änderung von Art. 50 der Stadtverfassung: Der Stadtschulrat. Diese Motion ist vom 13.12.05 und von Rainer Schmidig (EVP) sowie weiteren Mitunterzeichnern (dringlich) eingereicht worden. Sie wird auf die nächste Ratssitzung traktandiert werden.
- *Kleine Anfrage Nr. 35/2005*, Urs Tanner (SP): Keine Mannstoppmunition für die Schaffhauser Polizei, vom 13.12.05.

An dieser Stelle beenden wir die Sitzung. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimkehr und eine gute Woche, bis wir uns zur letzten Ratssitzung in diesem Jahr, am nächsten **Dienstag, 20. Dezember**, um **17.00 Uhr**, an gleicher Stelle wieder treffen.

Die Sitzung ist geschlossen. "

Der Ratspräsident schliesst den zweiten Teil der Sitzung um 22.30 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 20. Dezember 2005, 17.00 Uhr.